

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Pedro Lenz: Das grosse Interview zum Jahresende. Seiten 10-11

Quarantähnhchen



Kühn, cool & kämpferisch



Agitatorin Margarethe Faas-Hardegger tat eigentlich immer, was sie wollte. Seite 12

Unia, adieu! Hello Showbiz! Darum nimmt Chefjurist Philip Thomas den Hut. Seite 9

Noch mehr Skandal!

Die Maschinenfabrik Indosa zahlt jetzt nicht mal mehr die Löhne. Dahinter steckt eine Frau.

Seite 7

Corona-Humor

Die Lage ist bitterernst, aber noch lachen wir. Mit den **Quarantäne-Tierchen** des Künstlers Micha Marx. Und wir hoffen auf den **baldigen Impf-Start**. Alles über **Covid, Lockdown** und **bessere Zeiten**. Seiten 2-5 und 13



workedito
Marie-Josée Kuhn

WIR LESEL, WIR!

Corona ist, wenn wir trotzdem lachen. Zum Beispiel mit dem deutschen Grafiker und Comedy-Künstler Micha Marx. In der ersten Welle im Frühling war ihm langweilig, und es entstanden seine Quarantierchen: die verschiedenen Menschentypen im Lockdown als tierische Ebenbilder. Die Videokonferente, der Toilettentapir, der Lesel,

Corona ist, wenn wir trotzdem lachen.

der Systemrelaxant und eben das Quarantierhähnchen. Alle zu bestaunen in diesem work (Seite 13). Und

Hand aufs Herz, liebe Leserinnen und Leser: Erkennen Sie sich wieder?

CORONATOR. Ja, Krisen machen manchmal richtig kreativ. Und das ist in diesen dunklen Tagen auch dringend nötig. Die Infektionszahlen steigen. Die Spitäler sind am Anschlag. Die Pflegenden drehen im Hamsterrad. Und ihre Chefs schlagen Alarm: Weil die Schweiz Corona überhaupt nicht im Griff hat (diese Seite). Und so schlägt das Jahr, das schon seit Jahren dauert, nochmals richtig bitterernst zu. Es riecht nach einem zweiten Lockdown (Stand 16. Dezember). Wo wir doch schon müde, müder, coronamüder sind. Da hilft nur noch: Humor. Film-Titel-Humor. Berset-Corona-Filmtitel-Humor. Auf Twitter schlagen User und Userinnen dem SP-Gesundheitsminister jetzt eiskalt Filmtitel um die heissen Ohren. Zum Beispiel: «No weddings and 7000 funerals» (Keine Hochzeiten und 7000 Beerdigungen), in Anlehnung an die britische Komödie «Vier Hochzeiten und ein Todesfall». Oder «Coronator» (statt: «Terminator»). Und: «Impf me, if you can!», als Verballhornung der US-Gaunerkomödie «Catch me, if you can!» Nachdem gewisse Motzer Berset im ersten Lockdown vorgeworfen haben, er herrsche mit Diktator-Allüren, finden ihn jetzt andere einen richtigen Corona-Waschlappen. Volkes launenhafte Stimme halt.

LENZ IST DA. Schweigt die Kultur, wird's still. In unseren Köpfen. In unseren Herzen. Und im Portemonnaie der Kulturschaffenden. Er habe bisher noch Schwein gehabt, erzählt Mundart-Autor Pedro Lenz im grossen work-Jahresend-Interview (Seiten 10–11). Noch sind die Buchläden offen, und sein neuester Lenz ist da: ein Buezer-Roman. Und der läuft gut. Aber mit Lesungen und Lohn dafür ist schon lange nix mehr. Lesen müssen wir jetzt halt selber. Uns den Lenz laut vorlesen. Weil wir seinen Obergeraargauer Dialekt dann auch besser verstehen. Wir Vielleicht-schon-bald-wieder-Lockdown-Tierchen, wir. Wir Lesel!

Liebe Leserinnen und Leser, das ist das letzte work im alten Jahr. Wir wünschen Ihnen trotz allem schöne Festtage und einen guten Rutsch ins 2021. Es kann nur noch besser werden!
Ihre work-Redaktion

Corona: In der Schweiz entgleist die zweite Welle völlig Versagt, vergeigt, vertublet

Die Zahlen gehen durch die Decke, die Spitäler sind am Anschlag. Die Schweiz ist schlechter dran als alle Nachbarländer. Und das hat politische Gründe.

CLEMENS STUDER

Die erste Welle der Corona-Pandemie hat unser Land relativ glimpflich überstanden. Weil der Bundesrat gehandelt hat. Dank der «ausserordentlichen Lage» konnte er das. Und er konnte auch Geld sprechen. Selbst SVP-Finanzminister Ueli «Kä Luscht»-Maurer und das marktgläubig-radikale Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) konnten sich in den ersten Wochen nicht dagegen stemmen. Sie konnten nur Sand in das Getriebe der Pandemiebekämpfung streuen. Was sie mit Wonne taten. Dann kamen die Jammeri-Kantone, die rechten Parteien und die einfältigeren der Wirtschaftsverbände. Die Folge: eine Haurucköffnung, die den KMU und den Selbständigen nichts bringt, sondern sie im Gegenteil wegen der gesundheitspolitisch nötigen Einschränkungen mehr kostet, als es ihnen bringt. Eine faire Entschädigungslösung wäre für sie besser gewesen. Auch für Restaurants, Bars und Clubs. Blöd für sie, dass der Präsident des Verbandes Gastrouisse, der angeblich ihre Interessen vertritt, einer der lautesten und unflätigsten Promotoren einer Haurucköffnung war: Casimir Platzer vom Hotel Belle Epoque in Kandersteg BE.

Unterdessen haben einige Wirtinnen und Wirte begriffen, dass sie von ihrem Verband schlecht vertreten werden: Sie fordern einen Lockdown mit fairer Entschädigung (siehe Artikel auf Seite 5).

SCHLECHTE ZAHLEN

Jetzt steht die Schweiz so schlecht da wie kein Nachbarland. Und noch immer gibt es Kantone, die keine wirksamen Corona-Massnahmen ergreifen wollen. Aus «wirtschaftlichen Gründen». Zum

Beispiel der Aargau. Was nicht weiter erstaunlich ist. SVP-Gesundheitsdirektor Jean-Pierre Gallati liess sich schliesslich vor den kürz-



IM MEMORIAM: Ein Lichtermeer auf dem Bundesplatz in Bern zum Gedenken an die bisher schon über 6000 Corona-Toten und ihre Angehörigen. FOTO: KEYSTONE

mal runterzufahren.

Gescheiter und gesünder wäre: alles mal runterzufahren.

lichen Wahlen noch an einer Veranstaltung von «Corona-Skeptikern» feiern. Oder Baselland. Der dortige SVP-Gesundheitsdirektor Thomas Weber sagt offen: «Querdenker sind wichtiger denn je.» Zur Erklärung: Unter dem Label «Querdenker» laufen in Deutschland Neonazis und Corona-Leugnerinnen durch die Städte. Masken- und abstandslos. Manche landen dann auch auf der Intensivstation auf dem Bauch am Beatmungsgerät.

A propos Deutschland: Dort gilt seit Mitte dieser Woche ein harter Lockdown. Fast alles ist zu-

Abgesehen von Lebensmittelläden und anderen Geschäften für den täglichen Bedarf ist der Einzelhandel nun vorerst bis zum 10. Januar geschlossen, auch Schulen und Kitas bleiben weitgehend zu. Die betroffenen Betriebe bekommen Unterstützung. Pro Monat stehen zusätzlich zu den bereits vorher beschlossenen Massnahmen 11 Milliarden Euro (ca. 11,7 Milliarden Franken) bereit. In der Schweiz sagt SVP-Finanzminister Ueli Maurer: «Mir tut jeder Rappen leid.» Dabei sind die Zahlen in der Schweiz unterdessen doppelt so hoch wie in Deutschland.

«ALLES FÄHRT SKI»

In der Schweiz sind seit Beginn der Pandemie amtlich erfasst rund 6400 Menschen an oder mit Covid-19 verstorben. Und die Touristiker träumen immer noch davon, Touristinnen und Touristen aus den Nachbarländern zu be-

herbergen, die alle ihre Skigebiete geschlossen haben. Zwar ist St. Gallen unterdessen nachdenklicher geworden und macht vielleicht nicht auf. Und die Kantone Bern und Wallis sind noch am Grübeln. Aber Graubünden will Vollgas geben auf den Pisten. Obwohl die Spitäler bereits jetzt am Anschlag sind. Und möchte gerne verletzte Skifahrerinnen und -fahrer in Unterländer Spitäler exportieren. Doch diese lehnen dankend ab: sie haben genug zu kämpfen mit der steigenden Zahl Corona-Erkrankter. Gescheiter und gesünder wäre: alles mal runterzufahren bis mindestens Mitte Januar. So wie in Deutschland. Und die betroffenen Betriebe anständig zu entschädigen. So wie in Deutschland und Österreich. Das müsste eigentlich auch im Bündnerland verständlich sein. Denn seine Skigebiete gäbe es ohne «Subvenziuns» gar nicht.

Endlich! Ein bisschen Entlastung für die Geringverdienenden

Seit Beginn der Coronakrise haben die Gewerkschaften verlangt, dass die Kurzarbeitsentschädigung für kleine und mittlere Einkommen nicht auf 80 Prozent gekürzt werden darf. Monatelang haben die rechten Parteien getödelnd und geblockt. Doch jetzt gibt's endlich doch noch ein bisschen Entlastung: In der Wintersession haben National- und Ständerat einen Kompromiss für die Geringverdienenden bei der Kurzarbeit angenommen. Sie erhalten neu für Löhne bis 3470 Franken (100-Prozent-Pensum) den vollen Lohnersatz und für Löhne zwischen 3470 und 4340 Franken (ebenfalls 100-Prozent-Pensum) mehr Kurzarbeitsentschädigung als die heutigen 80 Prozent.

MAURER MAULT. Das wird «einige Hundert Millionen kosten», maulte SVP-Bundesrat Ueli Maurer. Zum Glück für einmal erfolglos. Denn gerade Gering- und Mittelverdie-



EIN LICHTBLICK: Servicemitarbeitende in Kurzarbeit bekommen jetzt mehr Entschädigung. FOTO: KEYSTONE

nende sind von den Folgen der Corona-Pandemie besonders stark betroffen. In Branchen wie dem Gastgewerbe oder dem Verkauf sind leider Monatslöhne unter 4000 Franken immer noch weit verbreitet. 20 Prozent weniger von einem Lohn, der höchstens knapp

zum Leben reicht, führt in die Armut. Egal ist das FDP-Ständerat Ruedi Noser, der dank den rechten Grünen von der GLP wiedergewählt wurde. Der Konzern-Lobbyist sagte im Ständerat: «Mit diesem Konzept wird zum ersten Mal Nicht-Arbeit gleich interessant wie

Arbeit.» Zur Erinnerung: Das ist der gleiche Noser, der noch vor einem guten halben Jahr gesagt hat: «Das ist ein verdammt Eingriff in die Eigentumsrechte!» Damals ging es darum, dass Firmen, die Kurzarbeitsentschädigung von der Allgemeinheit beziehen, ihren privaten Aktionärinnen und Aktionären keine Dividenden ausschütten dürften. Kapitalismus ist fast immer zynisch, aber selten so ehrlich.

KOPFSTEHEN. Selbstverständlich hat die rechte Parlamentsmehrheit auch in dieses eigentlich erfreuliche Geschäft Fallstricke eingebaut. Die Ausweitung der Kurzarbeitsentschädigung ist nämlich befristet. Bis gerade mal in den nächsten März. Diese Befristung sei «entscheidend» sagte SVP-Bundesrat Maurer: «Es kann auf keinen Fall verlängert werden. Für eine weitere Diskussion müsste die Welt kopfstehen.» Ok, das tut sie grad wegen Corona! (cs)

Die nächste Ausgabe von work erscheint am 22. Januar 2021.



IMPFFEN ODER NICHT IMPFFEN? William Shakespeare (81) hat sich für die Corona-Impfung entschieden, als zweiter Mensch in Grossbritannien. FOTO: KEYSTONE

Covid-Impfung: Im Januar soll es auch bei uns losgehen

Ist der Corona-Spuk im Sommer schon vorbei?

Grossbritannien geht mit dem Impfen voran. Die Schweiz will gleichzeitig mit der EU starten. Jetzt ist Hoffnung angesagt.

MARIE-JOSÉE KUHN

Das hat sich William Shakespeare nicht mal träumen lassen: dass er der zweite Mensch in Grossbritannien sein würde, der am 9. Dezember 2020 eine Impfung gegen Corona erhielt. Der 81jährige Mann aus Warwickshire in Mittelengland war danach jedenfalls in aufgeräumter Stimmung und sagte: «Diese Impfung kann von jetzt an unser Leben verändern!» Das Foto des Mannes schaffte es rund um die Welt und in die sozialen Medien: wegen seines auffälligen Namens. Häufig begleitet mit Zitaten seines berühmten Dichter-Namensvetters. Impfen oder nicht impfen, könnte man da sagen. Oder: «Macht doch nicht so viel Lärm um nichts!» So heisst eine Komödie Shakespeares, des älteren. Und so erhielt Tag eins im ersten westeuropäischen Land, das mit der Impfung begann, eine very britische Note.

SPUTNIK V

Noch im Herbst hatten sich alle gefragt, wer von den Pharmaunternehmen es als erstes schaffen würde. Immerhin hatten sich weltweit mehr als hundert Firmen an die Erforschung eines Anti-Corona-Impfstoffs gemacht. Geld floss, Zeit eilte: Allein die EU warf 7,4 Milliarden Euro für die Erforschung auf. Als erstes Land liess Russland seinen Impfstoff «Sputnik V» zu. Im Osten bleibt aller-

dings alles im Nebel: Die Impfstoffe wurden nicht einmal zur Zulassung in der EU angemeldet.

Und dann verkündeten nacheinander den Durchbruch: die Allianz des Mainzer Unternehmens Biontech und der US-Pharmagigant Pfizer sowie der US-Riese Moderna. Moderna produziert auch bei der Lonza in Visp VS und will dort bis zu 300 Millionen Impfeinheiten pro Jahr herstellen.

Die Impfstoffe von Biontech/Pfizer, Moderna und jener des britischen Pharmakonzerns Astra Zeneca dürften auf dem westlichen Markt vorläufig vorherrschend sein. Teil-

«Weiteres Prüfen bringt nur Hunderte bis Tausende von zusätzlichen Toten.»

ARZT UND EX-GRÜNEN-NATIONALRAT LUKAS FIERZ

weise sind sie auf revolutionären Wegen entwickelt worden (siehe Spalte rechts).

Auch die Schweiz hat mit diesen drei Firmen Verträge abgeschlossen. Inzwischen setzt sie vor allem auf den Moderna-Impfstoff und hat die Bestellung auf 7,5 Millionen Dosen erhöht. Und im Januar 2021 soll's auch bei uns losgehen. Das verspricht Gesundheitsminister Alain Berset. Die Schweiz werde zeitgleich mit der Europäischen Union beliefert. Diese gibt nun Gas. Auch in der Schweiz könnte die Zulassung deshalb schneller kommen als angekündigt.

Bund und Parlament haben zwar keine solche Schnellezulassung beschlossen. Obwohl das neue Heilmittelgesetz ein vereinfachtes und befristetes Zulassungsverfahren vorsähe.

Täglich sterben in der Schweiz im Schnitt 100 Covid-Erkrankte. Pro Woche sind es 700. Im Monat 3000. Kommt dazu, dass die Spitäler schon voll sind. Eindringlich warnen mehrere Zürcher Klinikchefs vor dieser dramatischen Situation: «Die Schweiz hat Sars-CoV-2 überhaupt nicht im Griff!» (NZZ am Sonntag). Es gebe also keinen Grund, bei der Impfstoffzulassung zu trödeln, kritisiert der Berner Ex-Grünen-Nationalrat und Arzt Lukas Fierz. Er rechnet im «Infosperr» vor: Selbst «wenn eine Impfung zu nur 50 Prozent schützte, wäre sie für Alte schon ein gutes Geschäft, selbst bei schweren Nebenwirkungen und gelegentlichen Todesfällen». Doch die Corona-Impfstoffe schützen besser (zwischen 70 und 95 Prozent nach Angaben der Firmen). Und schwerwiegende Nebenwirkungen oder gar Tode sind bisher nicht bekannt. Fierz' Fazit: «Weiteres Prüfen bringt nur Zeitverlust und Hunderte bis Tausende von zusätzlichen Toten. Es fänden sich sofort Hunderttausende von Alten und Risikopatienten. Und bis die Jüngeren und Gesunden drankämen, hätten die Behörden die hängigen Fragen längst geklärt.» Fierz schlägt also einen nicht unnünftigen Zwei-Phasen-Impfplan vor.

ZWEI-PHASEN-IMPFFPLAN?

Wer in welcher Reihenfolge eine Impfung erhalten kann, entscheidet die Eidgenössische Kommission für Impf-Fragen (Ekif). Ihr Chef, der Zürcher Kinderarzt Christoph Berger, hat die Prioritäten bereits bekanntgegeben: Zuerst sollen die Risikopersonen geimpft werden. Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Vorerkrankungen. Dann das Gesundheitspersonal und Menschen, die mit Risikopersonen zusammenleben. Die Elimination des

Covid-Virus ist also nicht das Ziel der schweizerischen Impfstrategie. Sondern die Bannung der Pandemie. Wir hätten dann eine ähnliche Situation wie bei der Grippe.

Und die wäre erreicht, «wenn 75 Prozent der Risikopersonen und ihre nahen Kontakte immunisiert

«Wenn es ernsthafte Probleme bei diesen Impfungen gäbe, dann hätten wir sie längst gesehen.»

EMER COOKE, CHEFIN DER EUROPÄISCHEN ARZNEIMITTEL-AGENTUR

wären». Das sagt Ekif-Präsidentin und Ärztin Claire-Anne Siegrist vom Universitätsspital Genf in der NZZ: Und dann könnten wir wieder unser normales Leben aufnehmen. Jenes ohne Masken und Social Distancing. Könnte der Corona-Spuk also schon im nächsten Sommer vorbei sein?

Noch sind viele Fragen rund um die Anti-Corona-Impfstoffe offen. Doch auch Emer Cooke ist zuversichtlich. Sie ist die Chefin der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA), die die Zulassung der Corona-Impfstoffe derzeit für die EU prüft. Sie sagte dem deutschen «Handelsblatt»: «Wenn es ernsthafte Probleme bei diesen Impfungen gäbe, dann hätten wir sie längst gesehen. Die meisten Nebenwirkungen treten vier bis sechs Wochen nach einer Impfung auf.» Und: «Was wir momentan recht sicher wissen, ist, dass die Impfungen initial sehr gut wirken.» Ebenfalls heute schon klar ist, dass die Corona-Vakzine, wie andere Impfungen auch, Impfreaktionen hervorrufen können. Reaktionen, die allerdings grad wieder verschwinden.

Big Business & neue Impfwege So wirken die Vakzine

Mit Biontech/Pfizer und Moderna verfolgen gleich zwei Corona-Impfstoffhersteller mit ihren mRNA-basierten Vakzinen (Messenger-Ribonukleinsäuren) einen völlig neuen Impfansatz. Und der funktioniert so: Die beiden Impfstoffe bestehen nicht wie übliche aus den Viren oder Teilen von ihnen, die sie bekämpfen wollen. Sondern enthalten nur die genetische Information für harmlose Virusbestandteile. Alles andere besorgt das Immunsystem des Menschen: mRNA-basierte Vakzine trainieren das Immunsystem gegen das Virus.

Der Impfstoff von Biontech/Pfizer muss bei minus 70 Grad gelagert werden, was eine grosse logistische Herausforderung bedeutet. Jener von Mo-

mRNA-basierte Vakzine trainieren das Immunsystem gegen das Virus.

derna, der auch bei der Lonza in Visp produziert werden wird, braucht für die Lagerung nur minus 20 Grad. So viel Kälte wie ein tiefgefrorenes Poulet von der Migros.

Ganz anders funktioniert der Impfstoff von Astra Zeneca. Er ist ein sogenannter Vektor-Impfstoff und verwendet ein Affenschnupfen-Virus als Fährte für die Bestandteile des Coronavirus. Er wäre billiger in der Herstellung und einfacher in der Kühlung.

BIG BUSINESS

Das Impfstoff-Business wird goldig: UBS-Analysten sehen allein für das Mainzer Unternehmen Biontech ein Impfstoff-Umsatz-Potential von insgesamt bis zu 50 Milliarden Dollar in den nächsten Jahren. Der Biontech-Aktienkurs hat sich laut «Handelsblatt» seit Jahresbeginn fast verdreifacht. Für Biontech-Partnerin Pfizer sagen Ana-



FINANZSPRITZE: Corona-Impfstoffe vergolden der Pharma die Bilanzen.

lysten im kommenden Jahr einen Impfstoff-Umsatz von rund 14 Milliarden Dollar voraus – und weiteren 25 Milliarden in den darauffolgenden fünf Jahren. Nach Biontech/Pfizer gilt der US-Pharmariese Moderna als zweitgrösster Profitteur des bevorstehenden Covid-Impfstoff-Booms. Im Schnitt trauen Analysten dem Unternehmen für 2021 rund 6,3 Milliarden Dollar Umsatz und 3,2 Milliarden Dollar Gewinn zu. Auch hier reichen einzelne Schätzungen noch deutlich höher. Zum Vergleich: Roche macht pro Jahr 15 Milliarden Gewinn.

Und wie steht es mit der Haftung der Konzerne für mittel- und langfristige Corona-Impfschäden? Grundsätzlich gilt in der Schweiz die Produkthaftungspflicht. Bei den Corona-Impfstoffen gehen Insider allerdings davon aus, dass sich die Pharmakonzerne in den Verträgen mit den Staaten besondere Haftbedingungen herausgeholt haben. Sprich: möglichst einen Haftungsausschluss. Das heisst, dass die jeweiligen Staaten für allfällige Impfschäden aufkommen müssten. Doch die Verträge werden geheimgehalten. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete allerdings, dass etwa Astra Zeneca in seinen Impferträgen so eine Klausel ausgehandelt hat. Das Risiko wird also verstaatlicht, der Gewinn privatisiert. Aber das ist nicht wirklich neu. (mjk)

Streik- erfolg in Glencore- Mine

EL CERREJÓN (CO). In Kolumbien besitzt der Zuger Rohstoffkonzern Glencore mit zwei weiteren Multis eine der grössten Kohleminen der Welt. 6000 festangestellte und noch einmal so viele temporäre Bergleute arbeiten dort. Zusammen beendeten sie Ende November den längsten Streik in der Geschichte der Mine. 91 Tage dauerte es, bis sie das Unternehmen an den Verhandlungstisch zwingen und einen Gesamtarbeitsvertrag abschliessen konnten. Damit verzichtet der Minenbetreiber auf geplante Kürzungen bei Krankversicherung und Transporthilfen. Zudem muss er die Löhne künftig der Inflation anpassen. Weiterhin nicht vom Tisch ist jedoch die eigentliche Streikursache, ein neuer Turnus von monatlich drei 7-Tages-Einsätzen mit 12-Stunden-Schichten, von der Gewerkschaft «Todes-schicht» genannt.

Bau-Poliere gehen wieder leer aus

BERN/OLTEN. Poliere sind das Bindeglied zwischen Bauleitung und Bauarbeitern. Ihre Funktion ist für jede Baustelle zentral. Trotzdem haben sie seit 2013 keine generelle Lohnerhöhung mehr erhalten. Wegen des Baumeisterverbands SBV bleibt dies auch 2021 so. Er liess am 11. Dezember die Polier-Lohnverhandlungen nach drei Runden scheitern. Die Gewerkschaften Unia und Syna sowie der Berufsverband Baukader Schweiz hatten eine Lohnerhöhung, das Recht auf Teilzeitarbeit sowie eine bezahlte Znünipause gefordert. Der SBV lehnte von Beginn weg alles ab. Dazu Unia-Mann Chris Kelley: «Diese Verweigerung zeigt von mangelnder Wertschätzung, ist aber auch ein Eigengoal. Denn so wird sich der Fachkräftemangel weiter verschärfen.» Schon 2019 fehlten schweizweit 600 Poliere.

Ausstellung zum Frauenstimmrecht

BERN. Mit einem Monat Verspätung hat das Historische Museum in Bern am 15. Dezember die Ausstellung «Frauen ins Bundeshaus!» eröffnet. Pandemiebedingt. Aber das Warten sind die Schweizerinnen ja gewohnt. Schliesslich dauerte es 123 Jahre, bis unter der Bundeshauskuppel zum ersten Mal auch Parlamentarierinnen Platz nahmen. Nachdem die Männer am 7. Februar 1971 endlich Ja gesagt hatten zum Frauenstimm- und -wahlrecht. Diesen langen Kampf erzählt die Ausstellung anhand von 12 Politikerinnen, die den Frauen in der Schweiz mit Mut, Wut und Witz Gehör verschafften. Ihre Kurzportraits gibt's auch online. Genauso wie den Podcast «Gaffepouse»: In vier Episoden gewähren dort Historikerinnen sowie Zeitzeuginnen und -zeugen einen geschichtlichen und persönlichen Blick zurück. Darunter die Berner Ex-Stadträtin Regula Keller, die mit 21 zum ersten Mal abstimmen durfte. Und der Jurist Rudolf von Werdt, der bei der ersten Abstimmung 1959 ein Nein in die Urne legte.

rebrand.ly/fraueninsbundehaus

Goht's no? Bundesgericht erlaubt der Immobilienlobby höhere Renditen Explodieren jetzt die Mieten?

Ein neues Urteil des Bundesgerichtes löst weitherum Kopfschütteln aus. Denn es könnte zu massiv höheren Mieten führen.

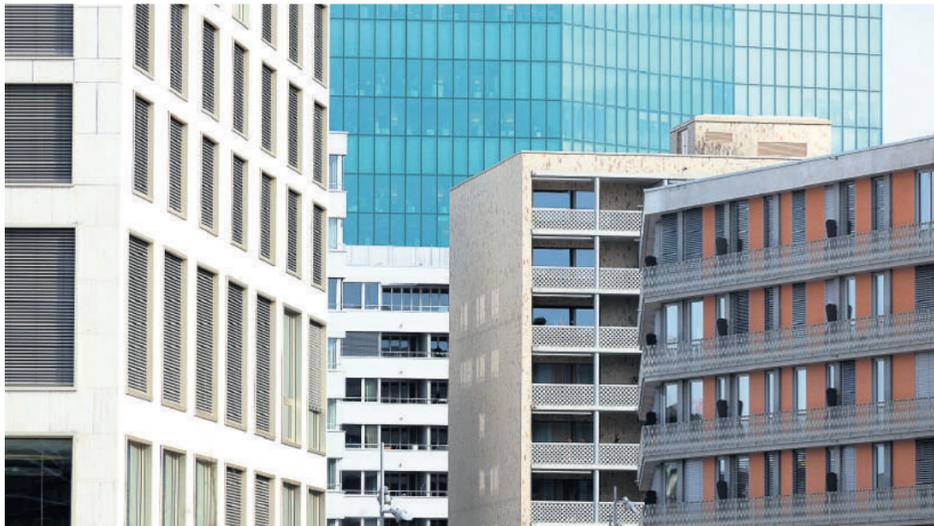
RALPH HUG

Schlechter hätte das Timing nicht sein können: Ausgerechnet jetzt kommt das Bundesgericht mit einem Mieturteil daher, das böse Folgen haben könnte. Ausgerechnet jetzt, wo Familien in den Städten unter hohen Mieten ächzen und wo Geschäftsbesitzer wegen Corona nicht mehr wissen, wie sie die Miete bezahlen sollen (siehe Spalte rechts). Worum geht es?

NEUE BERECHNUNG

Das Bundesgericht hatte einen Streitfall aus der Waadt zu beurteilen. Es ging um missbräuchliche Mieten in der Siedlung einer Pensionskasse. Gemäss Gesetz sind Mieten unter anderem dann missbräuchlich, wenn der Vermieter einen übersetzten Profit einstreicht. Dies ist dann der Fall, wenn die Nettorendite höher liegt als ein halbes Prozent über dem Referenzzinssatz für Ersthypotheken. Dieser Satz beträgt derzeit 1,25 Prozent. Damit sind alle Mieten mit einer Nettorendite von 1,75 Prozent und mehr rechtswidrig.

So auch die Mieten bei der Waadtler Pensionskasse. Dort kostet eine Vierzimmerwohnung 2140 Franken im Monat. Die Rendite, welche die Pensionskasse aus dieser Siedlung zieht, liegt über dem gesetzlich Erlaubten. Sie hätte die Mieten massiv senken müssen. Doch das Bundesgericht fand nun, dass dies nicht gehe. Und so führte es mit seinem Urteil vom 26. Oktober 2020 Knall auf Fall eine neue Be-



UNERHÖRT: Das Bundesgericht legt fest, dass Immobilienbesitzer und -besitzerinnen neu noch mehr Rendite aus den Mieterinnen und Mietern rauspressen dürfen. FOTO: KEYSTONE

rechnung des zulässigen Mietzinses aufgrund der Nettorendite ein. Und die lautet so: Solange der Referenzzinssatz unter zwei Prozent liegt, ist neu eine Nettorendite erlaubt, die um bis zu zwei Prozent über diesem Satz liegt. Und nicht nur ein halbes Prozent wie bisher. Somit sind auf einen Schlag alle Mieten legal, die eine Rendite von bis zu 3,25 Prozent (1,25 Prozent plus 2 Prozent) ermöglichen.

MIETEN VERDOPPELN?

«Eine Katastrophe!» kommentiert Mieterverbandspräsident und Genfer SP-Ständerat Carlo Sommaruga diesen Entscheid. Er hat ausgerechnet, dass diese Neuerung beinahe zu einer Verdoppelung der Mieten führen könnte. Er rechnet vor: Bei einem Mehrfamilienhaus mit vier Wohnungen beträgt die zulässige Miete pro Wohnung nach bisheriger Rechtslage 1344 Franken im Monat. Sind nun aber statt 1,75 Prozent plötzlich 3,25 Prozent Nettorendite möglich, so wären

monatliche Mieten von 1979 Franken zulässig. Sommaruga befürchtet aufgrund der Rechtsprechung des Bundesgerichts eine Flut von Mieterhöhungen.

«Das Bundesgericht hat einen politischen Entscheid gefällt, das geht nicht!»

CARLO SOMMARUGA, PRÄSIDENT MIETERVERBAND

«Dabei haben die Immobilienbesitzer in den letzten Jahren schon massive Profite auf dem Buckel der Mietenden erwirtschaftet», kritisiert der Mieteranwalt.

Unser laxes Mietrecht schützt die in Miete lebende Bevölkerung nicht ausreichend vor dem Renditehunger der Immobilienwirtschaft. Über das Urteil aus Lausanne zeigen sich viele erstaunt. Argumentiert doch das Bundesgericht in der Begründung nicht nur juristisch, sondern auch politisch. Es verweist nämlich darauf, dass ohnehin

eine Revision der Mietzinsregeln bevorstehe. Tatsächlich liegt ein Vorstoss der Immobilienlobby auf dem Tisch des Parlaments: FDP-Nationalrat Olivier Feller verlangt eine Erhöhung der Rendite für Immobilienbesitzerinnen und Vermieter um zwei Prozent – und zwar generell und nicht bloss, wie es das Bundesgericht jetzt festgelegt hat, bei einem Referenzzinssatz von unter zwei Prozent. Daher kritisiert Sommaruga: «Das Bundesgericht hat einen politischen Entscheid gefällt, das geht nicht!»

Der Mieterverband hat bereits Widerstand angekündigt. Generalsekretärin Natalie Imboden sagt: «Falls das Parlament den Vorstoss durchwinkt, werden wir das Referendum ergreifen.» Das ist vorderhand nicht nötig. Der Ständerat hat in der Wintersession den Bundesrat beauftragt, eine «ausgewogene» Mietrechtsrevision vorzulegen

Das Urteil: rebrand.ly/mieten-urteil

CORONAKRISE VERMIETER- LOBBY SCHLÄGT ZU

Kein Mieterlass für Geschäftsbesitzerinnen und -besitzer, die wegen Corona unter Druck sind: Das Parlament hat einen entsprechenden Plan in der Wintersession versenkt. Er sah vor, dass Läden und Restaurants für die Zeit des Lockdowns von April bis Juni nur 40 Prozent der Miete zahlen müssten. 60 Prozent hätten die Vermieterinnen und Vermieter tragen müssen. Dagegen lief die mächtige Vermieterlobby Sturm. Sie wollte unbedingt verhindern, dass der Staat in ihre Profite dreinredet. Dabei hätten alle Geschäftsmietenden schon rein rechtlich gesehen einen Anspruch auf Mietreduktion gehabt. Wenn sie die Mietsache nicht vertragsgemäss nutzen können. Nur müssten sie diesen selber mühsam vor Gericht durchsetzen.

BASLER MODELL. Es bleiben somit nur freiwillige Lösungen. Beispielsweise das Basler Modell: Dort schiesst der Kanton einen Drittel der Miete hinzu, wenn der Mieter ebenfalls einen Drittel selber trägt. In Zürich soll dieses Drittelsmodell ebenfalls zum Zug kommen und Wirte und Ladenbesitzerinnen entlasten. (rh)

Otto's: Hauptsache gewerkschaftsfeindlich Maulkorb und Denunziation

Die Billig-Ladenkette Otto's verbietet den Verkäuferinnen und Verkäufern das Reden mit der Unia. Zum Glück halten sich nicht alle daran.

CHRISTIAN EGG

Eigentlich dürfte Verkäuferin Sandra Roth* gar nichts erzählen. Denn ihr Arbeitgeber, die Billig-Ladenkette Otto's, hat ihr verboten, mit der Unia zu reden (und somit auch mit work). Und zwar mit Nachdruck! Roth erinnert sich: «Wir mussten alle ein Dokument unterschreiben, in dem das Verbot festgelegt war. Und wenn jemand von der

«Die Chefs haben eine Prämie versprochen, wenn Mitarbeitende Fehler der Kolleginnen melden.»

ANNE RUBIN, UNIA

Unia den Laden betritt, sollten wir das den Vorgesetzten melden.»

Das Unterschreiben des Dokuments hätten die Chefs als «obligatorisch» deklariert, sagt Roth: «Es hat sich niemand getraut aufzumun-

* Name geändert



SCHADENPOSTEN: Direktion segnet Gewerkschaftsverbot ab. FOTO: KEYSTONE

cken. Wir haben alle Angst, dass wir sonst die Kündigung bekommen.» Aber offensichtlich war den Verantwortlichen nicht ganz wohl bei der Sache: Die Mitarbeitenden haben bis heute keine Kopie des Dokuments erhalten.

PROTESTBRIEF

Und tatsächlich: Ein solches Verbot ist rechtswidrig. Denn die Bundesverfassung garantiert das Recht von Arbeitnehmenden, «Vereinigungen zu bilden» – also auch, mit solchen Ver-

einigungen, zum Beispiel einer Gewerkschaft, zu sprechen. Bei Otto's komme die gewerkschaftsfeindliche Haltung von ganz oben, sagt Unia-Detailhandelschefin Anne Rubin: «Den Mitarbeitenden wurde gesagt: Das Verbot sei von der Direktion abgesegnet.» Mit einem Protestbrief im Namen des Verkaufspersonals hat Rubin die Firma nun aufgefordert, dieses sofort zurückzunehmen. Doch bis Redaktionsschluss hat Otto's weder auf diesen Brief noch auf die Fragen von work geantwortet.

ÜBERWACHUNG

Unia-Frau Rubin weiss von weiteren fragwürdigen Praktiken bei Otto's. So ermutige die Leitung die Mitarbeitenden, sich gegenseitig zu überwachen und sogar zu denunzieren: «Einigen Mitarbeitenden haben die Chefs eine Geldprämie versprochen, wenn sie kleine Fehler der Kolleginnen oder Kollegen melden.» Etwa, wenn jemand eine Zigarette rauchen geht, obwohl er keine Pause hat.

Verkäuferin Roth sagt, sie habe die Nase voll von Otto's: «Die Chefs behandeln uns wie Idioten.» Ganz zu schweigen von den miesen Löh-

Otto's Philosophie: Hauptsache billig

Am Anfang stand eine Katastrophe: 1978 traten nach schweren Unwettern im Tessin mehrere Flüsse über die Ufer, neun Menschen starben. Stark beschädigt wurde auch ein Cash-and-Carry-Markt in Losone. Da witterte der Luzerner Unternehmer und spätere FDP-Nationalrat Otto Ineichen seine Chance. Er kaufte sämtliche Lebensmittel auf, mietete in Luzern ein leerstehendes Lokal und verkaufte die Ware mit Gewinn.

JUNIOR-CHEF. Das war der Anfang von «Otto's Schadenposten», später «Otto's Warenposten», heute nur noch «Otto's». Aktuell hat das Unternehmen gut 100 Filialen. Chef ist Mark Ineichen Junior. Und noch immer gilt: Hauptsache billig. (che)

nen. Nicht einmal 4050 Franken brutto beträgt ihr Lohn, obwohl sie schon viele Jahre für die Billig-Ladenkette arbeitet. Der Lohn einer anderen Verkäuferin beträgt sogar nur 3900 Franken im Monat. Lohnerhöhungen gab's schon seit Jahren nicht mehr.

Jetzt haben Beizer und Service-Mitarbeitende die Nase voll:

«So geht es nicht mehr weiter!»

Mit dieser Botschaft geht die Berner Gastroszene auf die Strasse. Ihre Forderung: lieber die Beizen ganz schliessen und dafür fair entschädigen.

CHRISTIAN EGG

Es ist laut auf dem Bundesplatz in Bern. Sehr laut. Mit Töpfen, Deckeln, Trommeln und Sirenen machen mehrere Hundert Menschen auf sich aufmerksam. Sie kommen aus der Gastrobranche. Und sie machen deutlich: So geht es nicht mehr weiter!

Tags zuvor hat der Bundesrat beschlossen, dass die Restaurants um 19 Uhr schliessen müssen. Damit können die meisten Betriebe nicht mehr überleben.

Der Berner Gastrounternehmer Diego Dahinden ist einer von ihnen. Er sagt: «Schon in normalen Zeiten leben die meisten Beizen vom Geschäft am Abend. Jetzt sogar noch stärker, weil das Mittagsgeschäft wegen des Homeoffice eingebrochen ist. Wenn jetzt der Abend auch wegfällt, sagen sich viele: Das lohnt sich nicht mehr.» Dahinden hat drum beschlossen, sein Ausgehlokal «Kapitel», dessen Mitbesitzer er ist, zu schliessen.

PLATZER PATZT

Für viele Restaurants und Beizen in der Schweiz geht die Corona-Rechnung schon längst nicht mehr auf. Das verdanken sie auch dem Arbeitgeberverband Gastrosuisse und seinem Chef, dem Berner Oberländer Hotelier Casimir Platzer. Im Frühling, noch war die erste Coronawelle nicht vorbei, setzte er mit seinem Verband den Bundesrat so lange unter Druck, bis die Gastrobranche früher als geplant öffnen konnte. Das Problem: Die vorschnelle Öffnung so vieler Restaurants und Bars war für viele Betreiberinnen und Betreiber ein Bumerang. Denn die Leute blieben fern, aber die Fixkosten fürs Lokal, für Köche und Servicemitarbeitende waren dennoch da. Und erdrückend. Trotzdem weibelte Platzer auch in der zweiten Welle dafür, dass die Gastrobetriebe offen bleiben durften. Und gegen strengere Corona-Massnahmen. Ein Fehler, wie selbst Platzers Hotelier-Kollege Andreas Züllig, der «Sonntagszeitung» gestand. Der Chef von Hotellerieuisse sagt: «Ich gebe im nachhinein zu, wir haben die Lage falsch beurteilt. Es hätte früher Massnahmen gebraucht». Immerhin scheint Platzer die Not in seiner Branche nun doch noch zu begreifen: Er und seine Gastrosuisse fordern jetzt ebenfalls «sofortige finanzielle Entschädigungen» für die Betriebe.

STREIKEN MIT DEN PATRONS

Die Stimmung am Protestmarsch in Bern ist wie das Wetter: grimmig. Eine Gastrofrau hält ihr Kartonschild in die Höhe, darauf steht: «Meine Boni 2020: 5.50 Franken Trinkgeld!» Eine andere Teilnehmerin fragt mit ihrem Schild: «Nicht mal bis acht – wo bleibt dann mein Znacht?» Und auf dem Bahnhofplatz zerschlagen sie Teller und Tassen, um zu zeigen, was für einen Scherbenhaufen die Kantone und der Bundesrat mit ihrer Corona-Politik anrichten. Rund 140 Berner Lokale haben den Demo-Aufruf unterzeichnet.



WIR HABEN GENUG! Beizerinnen und Servicemitarbeitende mögen nicht länger die Suppe auslöffeln, die Behörden und Verbände ihnen eingebrockt haben. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Hinter der Aktion steht das Kollektiv «Gastrostreik», bestehend aus Arbeitnehmenden sowie fortschrittlichen

«Wenn das Geschäft am Abend auch noch wegfällt, lohnt es sich nicht mehr.»

DIEGO DAHINDEN, GASTROUNTERNEHMER

Beizerinnen und Beizern. Ihre Botschaft ist klar: Alle in der Branche sitzen im gleichen Boot. Und das droht gerade unterzugehen. Sie fordern deshalb: besser alle Beizen ganz schliessen und sie dafür fair für die Verluste entschädigen (siehe Box).

Mit im Demo-Zug ist auch eine Gruppe der Unia Bern, darunter Tertiärchefin Muriel Zürcher. Sie sagt: «Ich hätte mir nie träumen lassen, dass ich einmal zusammen mit Arbeitgebern streiken würde. Aber besondere Situationen erfordern besondere Kampfmassnahmen.»

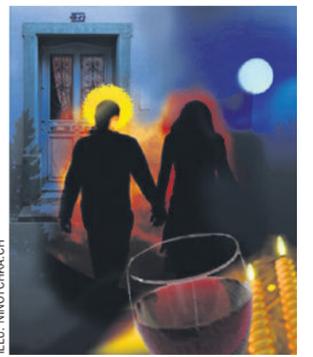
Alex ist Barmann. Und auch an der Demo. Das heisst: Barmann, das war er mal. Derzeit ist er in Kurzarbeit. Denn das Nachtlokal, in dem er arbeitete, schloss schon im Oktober. «Das ist auch richtig so», betont Alex. «Wir müssen dieses Virus in den Griff bekommen. Aber wir müssen auch überleben können.»

DEUTSCHLAND MACHT'S VOR

So wie die Betriebe in Deutschland: Dort sind die Restaurants seit Anfang November geschlossen. Erhalten aber vom Bund 75 Prozent ihres Umsatzes vergütet. Gastrounternehmer Dahinden fragt: «Weshalb sollte so etwas in der reichen Schweiz nicht möglich sein?» Gute Frage an den nationalen Kässeli-Wart Ueli Maurer. Ungerührt behauptet der, mehr Corona-Geld könne sich die Schweiz nicht mehr leisten. Dabei hat die Nationalbank in den ersten drei Quartalen dieses Jahres 15 Milliarden Franken Gewinn gemacht. Geld, das uns allen gehört.

Gastrostreik: Die Forderungen

- Restaurants schliessen und fair entschädigen.
- Die Aufstockung der Kurzarbeitsentschädigung von 80 auf 100 Prozent für Löhne unter 4000 Franken. Denn im Gastgewerbe als «Tieflohn- und Teilzeitbranche» reichen 80 Prozent nicht, um zu überleben. Schon gar nicht, wenn die Trinkgelder wegfallen.
- Endlich eine Mieterlass-Regelung für Geschäftsbesitzerinnen und -besitzer, die wegen Corona unter Druck sind. Seit März harrt das dringende Problem einer Lösung. National- und Ständerat bastelten monatelang an einem entsprechenden Gesetz, schickten es aber kürzlich bachab (siehe Spalte «Vermieterlobby schlägt zu» auf Seite 4). (che)



Die Briefträgerin & die Dienstleistung

«Einfach mit System» – so lautete die letzte Post-Parole. Sie geistert noch durch die gelben Internetseiten. Die Briefträgerin erinnert sich: Wir sollten sie auswendig lernen für den



Bärtschi-Post

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

Fall, dass einmal Besuch aus den obersten Etagen käme und Testfragen stellen würde. Die Teamleitenden bangten jedoch umsonst, es kam nie jemand, um uns abzufragen. Der neue

«Ich bin Ihre Briefträgerin. Ich begleite Sie nach Hause!»

Konzernchef brachte dafür dann ein neues Motto mit: «Post von morgen». Ein Werbefilm verkündet: «Ein Land, das sich bewegt, braucht eine Post, die das auch tut.» Und immer wieder die Begriffe «relevant», «innovativ», «physisch wie digital».

FRÜHER UND HEUTE. Kürzlich sass die Briefträgerin mit ein paar Bekannten im koreanischen Restaurant beim Znacht. Das Gespräch kam irgendwann auf die Post. Die Post verbindet bekanntlich, im Werbespruch wie in Wirklichkeit. Als Dienstleisterin will sie alle verbinden, als Arbeitgeberin laut Geschäftsbericht 2019 immerhin 55915 Mitarbeitende «aus 142 Nationen in mehr als 100 Berufen».

Thema an jenem Abend waren: die gelbe Riesin im allgemeinen, der Briefmengenrückgang und der Paketmengenzuwachs im speziellen. Thema war auch «früher» und «heute». Dass die Nutzniessenden die Briefträgerinnen und Briefträger kaum noch kennen würden, jedenfalls nicht in der Stadt. Dem Zustellpersonal umgekehrt seien viele Nutzniessende wohlbekannt, mindestens aufgrund der Post, die sie erhalten.

PROSIT! Gabi, eine aus der Runde, erzählte: «Ich trinke manchmal gern Alkohol, und da war einmal eine Fête in meinem Quartier am Stadtrand. Es war weit nach Mitternacht, als ich, etwas wacklig, vom Tisch aufstand, um heimzugehen. Da erhob sich eine Frau in der Nähe ebenfalls und sprach mich an: «Ich begleite Sie nach Hause. Ich weiss ja, wo Sie wohnen. Ich bin Ihre Briefträgerin!» Sie kam mit mir bis zur Haustür.» – Einfach mit System ...

In diesem Sinne Prost! Prosit Neujahr! Auf ein besseres 2021!

Grossbritannien Die grosse Illusion

Kommt der Brexit schlimm oder schlimmer? Wir wissen es noch nicht genau. Aber eine grosse Illusion ist er so oder so.

Die bereits geschwächte britische Industrie muss ihre Exporte aufs europäische Festland neu an der Grenze deklarieren oder, noch schlimmer: hohe Zölle bezahlen. Chauffeure müssen vor der Grenze tagelang



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

in ihren Truckern hausen und warten. Einwanderinnen und Einwanderer aus EU-Ländern müssen neu einen Bürokratie-Hürdenlauf machen. Zehntausende dringend benötigter Arbeitskräfte werden dem Königreich deshalb fehlen. Die Britinnen und Briten, deren Konsumgüter zu einem Drittel aus der EU stammen, werden draufzahlen. Die Liste der schlimmen Brexit-Folgen liesse sich beliebig verlängern.

GROSSMÄULIGE VERSPRECHEN. 2016 sagten 51,7 Prozent der Stimmenden Ja zum Brexit. Nach einer demagogischen Kampagne: Der konservative Boris Johnson, heute Ministerpräsident, versprach grossmäulig, dass Grossbritannien wieder eine zentrale Rolle

Souverän sein kann man nicht im Alleingang.

in der Welt spielen würde, sobald es sich aus den Fesseln der EU befreit hätte. Das Volk werde profitieren: Milliarden Pfund würden mit dem Austritt aus der EU eingespart und dem Gesundheitswesen zugeführt. Es wäre endlich Schluss mit der «Zufuhr billiger Arbeitskräfte» aus Europa. «Take back the control», bestimmen wir wieder allein, «souverän!» So tönte der Lockruf. Nur: Das mit der Souveränität ist weitgehend eine Illusion.

VON WEGEN SOUVERÄN! Grossbritannien ist verteidigungspolitisch in die Nato eingebunden. Aussenpolitisch ein Vasall der USA. Und innenpolitisch schwer abhängig von der Zuwanderung. Der Inselstaat findet längst nicht mehr genügend Arbeitskräfte im Inland. Sollten jetzt, nach dem Brexit, keine Polen und Polen mehr kommen, werden es halt Pakistani oder Inderinnen sein. Und die wird man, wenn nötig, auch schwarz beschäftigen. Vor dem Brexit sorgten EU-Richtlinien dafür, dass auf der Insel nicht 50 Stunden pro Woche gearbeitet werden musste. Und dass es einen Elternurlaub gab. Wird damit jetzt souverän Schluss gemacht?

Wer in der engvernetzten Welt mitreden und mitbestimmen, also «souverän» sein will, kann das nicht im nationalen Alleingang machen. Sondern nur im Länderverbund, international. Genau diese Moral aus der Geschichte werden die Britinnen und Briten in der nächsten Zeit bitter erfahren.

UNIA online



So sieht es auf Baustellen aus

84 Prozent der Angestellten des Gewerkschaftssektors klagen über eine schlechte Baustellenorganisation und miserable Hygienebedingungen. Das hat unsere Umfrage ergeben. Erfahre mehr und teile deine Erlebnisse mit uns.

www.unia.ch/saubere-baustellen

Inkompetenz und Gier regieren beim US-Energiekonzern: Belegschaft von General Electric zu allem bereit

Erneut kündigt GE eine Massenentlassung an. Der Konzern zerstört so die industrielle Substanz der Schweiz. Doch jetzt wollen die Mitarbeitenden ihre Stellen retten.

JOHANNES SUPE

Schon wieder General Electric: Anfang Dezember kündigte der US-Energiekonzern eine weitere Stellenstreichung in der Schweiz an. Innerhalb weniger Wochen ist es die dritte angedrohte Entlassungswelle. Schliessung des Standorts Oberentfelden AG, Streichungen in Baden AG und nun auch noch ein Kahlschlag im Bereich Steam Power, zu dem unter anderem auch die Kohlekraft gehört. Macht zusammen gut 700 Stellen, die vernichtet werden sollen. So sieht sie aus, die Weihnachtsüberraschung des Energiekonzerns für die Mitarbeitenden.

SINNLOSER ABBAU

Für Thomas Bauer ist das nicht hinnehmbar. Seit Jahren begleitet der 56jährige Präsident der Personalkommission eine Streichung nach der anderen und ist für seine Ar-

«Die Kolleginnen und Kollegen haben keine Angst mehr vor GE.»

THOMAS BAUER, PEKO-PRÄSIDENT

beit als Personalvertreter komplett freigestellt. Er verhandelt mit dem örtlichen Management, berät sich mit den Kollegen aus anderen Ländern, stimmt sich mit der Gewerkschaft ab. Von sechs am Morgen bis sechs am Abend dauern seine Arbeitstage derzeit. Und auch danach gibt es noch Mails zu schreiben und Whatsapp-Nachrichten zu beantworten. So sieht er aus, der Kampf gegen den Abbau-Irrsinn.

«Der Plan von General Electric entbehrt Sinn und Verstand», sagt Bauer zu work. Dem Konzern gehe



EINFACH GESTRICHEN: Hunderte GE-Mitarbeitende haben in Oberentfelden AG ein kämpferisches Zeichen gesetzt gegen den Abbau-Irrsinn bei General Electric. FOTO: TELE M1

es darum, Kosten einzusparen. Doch bei den rabiaten Streichungen ginge Mal um Mal Know-how verloren. Regelmässig merke der Konzern dann, dass wichtige Tätigkeiten nicht erledigt werden. Also werden sie den verbleibenden Mitarbeitenden aufgebürdet. Das Ergebnis: Mit jeder Sparrunde müssen weniger Beschäftigte mehr Aufgaben erledigen. Das geht auf Kosten der Effizienz. Personalvertreter Bauer: «Aber GE kümmert das nicht. Überhaupt nicht!» Und weiter: «Jedes dieser Vorhaben ist von der Finanzabteilung ausgetüfelt worden. Die interessiert nur, dass die Aktionäre ihre Dividenden erhalten.»

Um die Streichungen durchzusetzen, setzt GE oft auf Management-Söldner, die die örtlichen Gegebenheiten kaum kennen. Manches Mal schon habe die Personalkommission den Zuständigen auf den neusten Stand bringen müssen. Und da der Konzern Kahlschläge oft europaweit vornimmt, die Vorgänge entsprechend komplex sind und die lokalen Verant-

wortlichen nur beschränkte Entscheidungsmacht haben, hat Bauer absurde Aussagen erleben müssen: «Da hiess es dann vom Management: Ihr habt recht, und euer Plan ist gut, aber wir können es trotzdem nicht so machen.»

KONZERN OHNE MASS

Das brutale Vorgehen ist auch die Folge eines Versagens der Schweizer Politik. Denn die hat sich stets geweigert, die Unternehmen zu fordern und ihnen klare Ansagen zum Stellenerhalt zu machen. Seit Jahren betont die Unia die Notwendigkeit einer solchen Industriepolitik. Und auch Peko-Präsident Bauer teilt diese Position. Tatsächlich lotet aktuell der Aargauer Regierungsrat zusammen mit dem Bund Möglichkeiten aus, GE zum Stellenerhalt zu bewegen.

Doch Bauer weiss auch: «GE ist masslos.» Jede steuerrechtliche Lücke werde genutzt, jede Subvention eingestrichen. Arbeitsplätze seien dabei eine Art Tauschmittel. Ein Beispiel sei das Vorgehen rund um den britischen Standort Staf-

ford. GE drohte, das Werk zu schliessen, und erhielt daraufhin Subventionen, um es weiterlaufen zu lassen. Bauer: «Aber nur ein, zwei Jahre später wurde der Standort wieder angezählt. Und erneut wurde Geld gesprochen.» Aus der Erfahrung sei klar: Damit tatsächlich Stellen gerettet werden, müsse die Politik von vornherein eindeutige und wasserdichte Regelungen für den Erhalt der Standorte festlegen.

Womöglich muss General Electric aber mit Gegenwind von der eigenen Belegschaft rechnen. Als der Konzern bekanntgab, das Werk in Oberentfelden dichtmachen zu wollen, protestierten 300 Mitarbeitende mit der Unia gegen das Vorhaben (work berichtet). «Die Kolleginnen und Kollegen haben keine Angst mehr vor GE. Vielmehr fragen sich die Mitarbeitenden mittlerweile, welches Märchen ihnen jetzt wieder erzählt wird», meint Bauer. Entsprechend sei man zu allem bereit, was helfe, um Stellen zu retten. Auch zu einem Streik? Bauer: «Zu allem.»

6 Massenentlassungen in 5 Jahren: Chronologie der Zerstörung

In die Schweiz kommt General Electric (GE) durch eine Übernahme. Der ins Schwanken geratene französische Transportkonzern Alstom verkauft zwischen 2014 und Ende 2015 seine Energiesparte für 9,7 Milliarden Euro an den US-Konzern. In der Schweiz arbeiten damit rund 5500 Beschäftigte für GE. Ihnen erklärt der damalige Bundesrat Johann Schneider-Ammann nach Gesprächen mit der Alstom-Spitze, dass ihre Stellen gesichert seien.

2016: GEBROCHENE VERSPRECHEN

Schon im Januar 2016 sind die Zusagen nichts mehr wert. In der Schweiz will GE mehr als 1300 Stellen vernichten. Das ist Teil eines europaweiten Abbauprogramms. Bundesrat Schneider-Ammann zeigt für den Konzern ein «gewisses Verständnis». Und so hält GE am Plan fest. Gut 900

Mitarbeitende werden bis Ende Jahr entlassen, viele weitere werden in die Frühpension geschickt, oder sie verlassen GE freiwillig. Immerhin: Im Konsultationsverfahren gelingt es Personalvertretung und Gewerkschaften, den Konzern zur Schaffung von 172 neuen Stellen zu verpflichten.

2017/2018: DER NÄCHSTE SCHLAG

Ende 2017 kündigt GE den nächsten Abbau an. Weltweit will der Konzern 12000 Arbeitsplätze vernichten, davon 1400 in der Schweiz. Wieder ringen Gewerkschaften und Personalkommission um jede Stelle. Doch im Juni 2018 ist klar: In Baden AG werden 920 Stellen verschwinden, in Birmingen AG 230 und in Oberentfelden AG 50. Zwar spricht Schneider-Ammann im Oktober 2017 bei GE in den USA vor. Er kann dort aber wenig erreichen. Es rächt sich,

dass der Bundesrat das Unternehmen nie zum Stellenerhalt verpflichtet hat.

2019: 400 WEITERE STELLEN VERSCHWINDEN

Bereits im Juni 2019 gibt der Konzern bekannt, abermals abbauen zu wollen. Diesmal sollen es 450 Stellen in Baden und Birmingen sein. Erneut wendet sich die Unia an den Bundesrat und fordert diesen auf, er solle «auch gegenüber transnationalen Konzernen entschlossen auftreten, wenn diese sich wenig für den Erhalt der industriellen Substanz in der Schweiz interessieren». Das geschieht nicht.

2020: DREI MASSEN-ENTLASSUNGEN

In diesem Jahr kündigte GE von September bis Dezember gleich drei Stellenvernichtungen an: 562 Arbeitsplätze weniger in



GENERAL ELECTRIC: US-Konzern im Jobvernichtungs-Modus.

FOTO: KEYSTONE

Oberentfelden, 84 bei Gas und Power in Baden, 83 bei Steam Power und der GE-Tochter Fieldcore. Alle drei Abbauvorhaben befinden sich derzeit noch in der Konsultationsfrist. Und von ehemals 5500 Beschäftigten könnten im schlimmsten Fall weniger als 2000 übrigbleiben. (jos)

UNGLAUBLICH: Personalchefin machte sich nachts an den Computern der Indosa-Mitarbeitenden zu schaffen.

FOTO: KEYSTONE/INDOSA



Maschinenfabrik Indosa AG: Ganze Belegschaft ohne Lohn!

Frau M. ruiniert Firma und verschwindet

Wahnsinn! Partnerin des Chefs bedient sich schamlos in der Firmenkasse. Jetzt droht dem St. Galler Traditionsunternehmen Indosa AG der Kollaps.

JONAS KOMPOSCH

Loyal, anständig und sehr geduldig. Das sind die Mitarbeitenden der 84jährigen Maschinenfabrik Indosa AG im sanktgallischen Au. Doch jetzt haben sie die Nase gestrichen voll. Kurz vor Redaktionsschluss sagte ein Mitarbeiter zu work: «Wenn unser Geld in den nächsten Stunden nicht endlich eintrifft, werden wir unsere Ankündigung wahr machen und morgen die Arbeit niederlegen.» Gut möglich also, dass bereits gestreikt wird, während Sie diesen Artikel lesen. Gute Streik-Gründe haben die Indosa-Leute mehr als genug:

Im September machte diese Zeitung publik, dass Firmeninhaber Werner Grabher (78) und seine über zwanzig Jahre jüngere Partnerin, die Österreicherin M., zahlreiche Mitarbeitende gemobbt, unrechtmässig entlassen und um mehrere 10000

Mit der Firmenkreditkarte hat M. für rund 40 000 CHF Privateinkäufe getätigt.

Franken Lohn geprellt haben. Weil Indosa Mahnungen sowie Termine vor dem Schlichtungsamt verstreichen liess, warten die Betroffenen noch immer auf ihr Geld. Im Oktober traf es schliesslich auch die verbliebenen 15 Indosa-Mitarbeitenden. Am Monatsende mussten sie feststellen, dass ihr ausbezahlter Lohn auf teils unter 2500 Franken geschrumpft war. Der Grund: illegale Lohnabzüge und falsche Stundenabrechnungen (work berichtete: rebrand.ly/2000-franken). Die Fehlerquelle: M., die als Personalchefin amtiert. Per Einschreiben forderte die Belegschaft kollektiv eine korrekte Bezahlung. Vergeblich.

CHEF ABHÄNGIG GEMACHT

Ende November dann der Hammer: Niemand erhielt auch nur ein Rappen Lohn. Seither lässt sich Chef Grabher kaum mehr blicken. Ganz zu schweigen von M. Sie setzte

schon nach der ersten work-Recherche keinen Fuss mehr in die Firma. Lieber trieb sie ihr Unwesen fortan aus dem Homeoffice, das sie sich in Grabhers Villa in Balgach SG eingerichtet hatte. Ob sie dort aber immer noch residiert, ist höchst fraglich. Ihr langjähriger Schutzpatron hätte jedenfalls allen Grund, sie ein für allemal fortzujagen.

In zwei Dingen ist sich die Belegschaft nämlich einig: M. nutze Grabher skrupellos aus. Und wenn M. weiterhin in der Firma bleibe, sei deren Untergang nicht abzuwenden. Sie allein herrsche nämlich über den Zahlungsverkehr und kontrolliere das Arbeitszeiterfassungssystem. Und nur sie sei befugt, die Löhne zu zahlen. Doch genau das verweigert sie jetzt offenbar. Laut Mitarbeitenden habe sie von Grabher eine Vorschusszahlung in der Höhe eines Monatslohns gefordert. Ansonsten werde sie keinen Finger mehr rühren.

NÄCHTLICHE SCHNÜFFELTOUREN

Grabher liess sich aber offenbar nicht unter Druck setzen. Mit Folgen, wie Mitarbeitende berichten: M. habe kurz darauf nachts in verschiedenen Büros an Computern hantiert. Man habe ihr Parfum in den Räumen noch am Morgen danach gerochen. Schon im letzten Sommer sei M. in so mancher Nacht durch die Firmenbüros geschlichen, habe dort Schränke und verschlossene Schubladen aufgebrochen, Akten und Passwörter entwendet, sei in Computer eingedrungen und habe das Zeiterfassungssystem manipuliert und die Zugänge für gewisse Mitarbeitende gesperrt. Davon betroffen waren vor allem diejenigen, die sich weigerten, für M. ihre Kolleginnen und Kollegen auszuspiönieren. Mindestens ein Mitarbeiter erhielt deswegen die fristlose Kündigung. Doch damit nicht genug: work liegen zwei Kündigungsschreiben vor, die M. verfasst und unterzeichnet hat. Aber nicht mit ihrem, sondern mit Grabhers Namen. Bei gefälschten Unterschriften blieb es aber nicht.

Wie mehrere Mitarbeitende bestätigen, habe sich M. auch über eine Firmenkreditkarte verfügt und damit Privateinkäufe im Wert von rund 40 000 Franken getätigt. Auch wundert man sich, wofür M. sich ausgerechnet während der Betriebsferien 2017 fast 30 000 Franken vom Firmenvermögen auf ihr Privatkonto in Liechtenstein überwiesen hat. Ein entsprechender Bankauszug liegt work vor. Weitere 65 000 Franken soll sich M.

im Jahr 2018 überwiesen haben. Anschliessend verlangte sie von Grabher eine «Ermächtigung zur Auskunftserteilung» über sämtliche Firmenkonten. Das beweist eine von ihr vorbereitete Vereinbarung mit der Postfinance. Doch hierfür gab Grabher seine Unterschrift nicht her. Verständlich. Denn damit könnte M. jederzeit die Indosa-Finanzien überwachen – sogar über den Tod Grabhers hinaus. Und mit den Zahlen, und vor allem, dem Zahlen, hat die Personalchefin einige Mühen (siehe Box).

Was aber sagt M. zu all dem? Nichts, sie rede nicht mit work. So auch Grabher. Beide verweisen an den Ende November engagierten Anwalt Werner Ritter. Doch auch von diesem ist mittlerweile nichts mehr zu erfahren. Ob auch das an den Zahlen liegt?

Frau M.: Die «Kauffrau» und das liebe Geld

Dosen-Abfüllanlagen für die ganze Welt – damit macht Indosa seit 1936 Geld. Doch 2014 eskalierte im damaligen Familienunternehmen ein grosser Familienkrach. Die Söhne, die Ehefrau und die Schwester Grabhers verliessen Indosa nach und nach. Drei der Söhne gründeten im Nachbardorf sogar eine Konkurrenzfirma. Damit schlug die Stunde von M., die bei Indosa gerade als «Kauffrau» angefangen hatte. Dabei fehlte ihr für diesen Job offenbar jegliche Qualifikation. Zuvor habe sie an einem Bahnhofs-Imbiss Würste gebraten, heisst es. Vorzüglich umsorgte M. dafür den verlassenen und gesundheitlich angeschlagenen Patron. Und zwar so gut, dass dieser über happige Finanzskandale grosszügig hinweg sah. Das rächt sich jetzt.

STEUERDELIKTE. So hat etwa die St. Galler Gewerbe-Ausgleichskasse im laufenden Jahr mehrere Betreibungen gegen Indosa eingeleitet – wegen fehlender AHV-Beiträge in der Höhe von fast 56 000 Franken. Das Finanzamt Bregens wiederum schloss unlängst ein Verwaltungsstrafverfahren gegen M. ab und büsste sie wegen Steuerdelikten. Und in ihrem vorarlbergischen Heimatdorf, wo M. ein grosses Haus besitzt, sollen ihr die Behörden Strom und Wasser abgedreht haben. M. bezieht einen Netto-Pauschalhohn von 9500 Franken. (jok)



la suisse existe
Jean Ziegler

SKANDAL FRONTEx

Grau und tief hing der Himmel über dem Ägäischen Meer. Dichter Nebel umhüllte das nahe türkische Gebirge. Ein Schlauchboot mit 47 Flüchtlingen näherte sich der griechischen Insel Lesbos.

Der britische Kreuzer «Protector» war auf Menschenjagd. Auf hoher See blockierte er das

Die Frontex liquidiert in der Ägäis das Asylrecht, weil sie Flüchtlinge daran hindert, Asyl zu beantragen.

Flüchtlingsboot. Die Matrosen und Kanoniere des Kreuzers standen im Dienst

der Frontex (Frontières extérieures), der europäischen Küstenwache.

Sie schossen mit ihren schweren Maschinengewehren rund um das Flüchtlingsboot ins Wasser. Die Einschläge kamen dem Boot immer näher, die Flüchtlinge gerieten in Panik. Da erteilte der Kommandant der «Protector» per Megaphon seinen Befehl: Die Flüchtlinge müssen zurück in die türkischen Territorialgewässer.

PUSHBACK. Man nennt diese Operationen «Pushbacks», also «Zurückstossen». Sie sind von der Kommission der Europäischen Union legitimiert. Und sie haben ein einziges Ziel: Die gequälten Menschen sollen daran gehindert werden, die europäische Küste zu erreichen. Häufig kommt es bei den Pushbacks zu Schiffbrüchen und Flüchtlinge ertrinken. Viele Beispiele finden sich in meinem Buch «Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten».

Die Pushbacks sind ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 begründet das Recht auf Asyl. Wer in seinem Heimatland verfolgt wird, hat das Recht, eine Grenze zu überschreiten und in einem anderen Land um Aufnahme und Schutz nachzusuchen. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sieht in den Flüchtlingen jedoch eine Gefahr für die «europäische Lebensweise». Deshalb die Pushbacks, die das Asylrecht liquidieren, weil sie verfolgte Menschen daran hindern, überhaupt ein Asylgesuch zu deponieren.

Jahrelang versuchten zivilgesellschaftliche Bewegungen die Frontex-Verbrechen publik zu machen. Umsonst. Jetzt geschieht ein Wunder!

WUNDER IM EU-PARLAMENT. In der ersten Dezemberwoche wurde der französische Frontex-Direktor Fabrice Leggeri von einer Subkommission des EU-Parlaments angehört. Das Parlament will die mörderische Pushback-Praxis sofort verbieten. Ob es sich allerdings gegen die EU-Kommission und ihre Präsidentin durchsetzen kann, ist zweifelhaft.

Auch die Schweiz ist Mitglied von Frontex. Sie sitzt im Verwaltungsrat und mit unserem Steuergeld beteiligt sie sich an der Finanzierung der Organisation. Stefan Israel, der ausgezeichnete Brüsseler Korrespondent des «Tagesanzeigers», hat die zuständige Zollverwaltung in Bern zur Vertreibung der Flüchtlinge befragt (2. 12.). Die Antwort: Die Schweiz bestehe auf dem Respekt der Menschenrechte und bedaure eventuelle Opfer. Eine völlig ungenügende Antwort! Das Parlament in Bern sollte sofort die Beiträge an Frontex aussetzen, bis die Pushbacks gestoppt werden. Geschichte das nicht, muss unser Land diese Organisation unverzüglich verlassen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch ist: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**



PFLEGE AM LIMIT: Die Pandemie hat den Druck auf die Pflegerinnen und Pfleger nochmals verstärkt.

«Walk of Care» der Pflegenden Demos jetzt – bis sich etwas ändert

Basel, St. Gallen, Luzern: In immer mehr Städten gehen Pflegende auf die Strasse. Nicht ein- oder zweimal. Sondern immer wieder.

CHRISTIAN EGG

Schon wieder eine Pflegedemo? Aber sicher! Am 1. Dezember gingen Pflegerinnen und Pfleger in Basel auf die Strasse. Schon zum sechsten Mal in diesem Jahr. «Walk of Care» nennt sich die Veranstaltung. Ziel ist es, mit den regelmässigen Demos die Bevölkerung auf die kritische Lage in der Pflege aufmerksam zu machen.

CORONA-STOP. Daniel Simon vom Pflegeverband SBK Basel, der den Anlass organisiert: «Wir wollen den Leuten klarmachen, dass es in Spitälern und Heimen mehr Personal braucht. Wenn es so weitergeht, ist die Versorgung in Zukunft nicht mehr gewährleistet.» Vor zwei Jahren fing der SBK in Basel an mit den regelmässigen Pflegedemos zur Feierabendzeit. Jeweils 80 bis 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Pflege nehmen daran teil. Bald folgten Pflegenden in anderen Städten: In St. Gallen, Luzern, Zug und Schaffhausen gab es diesen Frühling ebenfalls «Walks» – bis sie der Corona-Ausbruch vorübergehend stoppte. Mehrere SBK-Sektionen planen aber, im kommenden Jahr die Demos wiederaufzunehmen.

«Wir wollen den Leuten klarmachen, dass es in Spitälern und Heimen mehr Personal braucht.»

DANIEL SIMON, SBK

Übrigens seien die «Walks of Care» keine SBK-exklusiven Veranstaltungen, betont Simon: «Wir organisieren sie und holen eine Bewilligung ein. Aber alle Pflegenden, auch Unia-Mitglieder, sind herzlich willkommen!»

CORONA-FRUST. Denn es ist klar: Die Coronakrise hat den Frust in der Pflege nochmal verstärkt. Daniel Simon vom SBK sagt, die Pflege sei zwar jetzt als systemrelevant anerkannt. «Aber das einzige, was wir zurückbekommen, ist Applaus von den Balkonen. Mit den Demos sagen wir der Politik: Das reicht nicht!»

Übrigens seien die «Walks of Care» keine SBK-exklusiven Veranstaltungen, betont Simon: «Wir organisieren sie und holen eine Bewilligung ein. Aber alle Pflegenden, auch Unia-Mitglieder, sind herzlich willkommen!»

Diplompfleglerin Lena Staub* (27) hat sich im Unispital Zürich mit Corona infiziert. Sie sagt zu work:

«Es ist fahrlässig!»

«Wie Corona mein Leben verändert hat? Nun, das Virus hat mich gerade zwei Wochen komplett flachgelegt. So was habe ich noch nie erlebt. Atemnot nach drei Treppenstufen! Meine Geruchs- und Geschmackssinne sind immer noch im Eimer. Und müde bin auch. Arbeiten geh ich jetzt trotzdem wieder. Und klar, obwohl wir schon vor der Pandemie am Anschlag waren, haben wir jetzt noch mehr zu tun. Unser Spital ist jetzt voll. Ich überwache nun 4 statt wie frü-

«Innerhalb einer Woche haben sich 12 Pflegende angesteckt.»

her 3 Intensivpatienten. Gleichzeitig muss ich den abteilungsfremden Pflegenden stets auf die Finger schauen. Sie wurden als Verstärkung zu uns geschickt. Bloss fehlt ihnen die nötige Ausbildung für unsere komplexe Station. Auch ich muss mittlerweile Dinge tun, die eigentlich nur Spezialpersonal machen darf. Wir stehen unter hohem Druck. Weil noch bis vor wenigen Tagen operiert wurde wie verrückt. Um das Defizit reinzuholen, das in der ersten Welle mit dem Stop von nicht überlebenswichtigen Eingriffen eingebüsst wurde. Chirurgie ist lukrativ. Aber dass so viel operiert wird, während wir kaum nachkommen, geht einfach nicht. Wir durften ja lange nicht einmal

Betten sperren, wenn wir zu wenig Personal hatten. Bis wir gesagt haben: «Wir machen nicht mehr mit!»

FRÜCHTEKORB ALS DANK. Unsere Gesundheit interessiert definitiv zu wenig. Beispiel erste Welle: Die Schutzmassnahmen waren lächerlich. Es gab nur eine Maske pro Tag! Dabei hiess es früher immer, Masken müssten alle 2 Stunden ausgewechselt werden. Auch Schutzanzüge waren Mangelware.

Und dann die Zimmer. Bei uns sind sie nur durch Vorhänge aufgeteilt. Das wäre genug, wenn garantiert keine Corona-Positiven zu uns kämen. Doch das kommt immer wieder vor! Etwa wenn Patienten aus dem überlasteten Notfall oder anderen vollen

Stationen zu uns geschickt werden, noch bevor das Testresultat da ist. Fahrlässig für die Patientinnen und für uns! Prompt haben sich auf meiner Station innerhalb einer

Woche 12 Pflegende angesteckt, darunter ich. Wird unsere Leistung anerkannt? Vom Spital haben wir einmal einen Fruchtkorb erhalten – einen für die ganze Station. Wir haben eine Gefahrenzulage verdient! Und mehr Personal braucht's sowieso.»



AUFGEZEICHNET VON JONAS KOMPOSCH

* Name geändert

Wegen Überlastung, Tieflöhnen und der laschen Corona-Politik: Schwedens Spitälern laufen die Mitarbeitenden davon



SPITAL-EXODUS: Wegen tiefer Löhne, Erschöpfung oder Krankheit haben in Schweden im Corona-Jahr Tausende Pflegende gekündigt. FOTO: GETTY

Schon im Mai warnte die schwedische Pflegenden-Gewerkschaft vor einem Personalnotstand. In Stockholm haben seither 3600 Spital-Mitarbeitende gekündigt.

JONAS KOMPOSCH

Nicht nur die Schweiz hechelt der Corona-Entwicklung hinterher. Auch Schweden geht bei der Pandemie-Bekämpfung auf Sonderwegen: Statt auf Verbote setzte das bevölkerungsreichste Land Skandinaviens lange auf Freiwilligkeit. Erst seit Ende November sind einige milde Einschränkungen zwingend. Die Folge: Heute haben 3 Prozent der schwedischen Bevölkerung Corona, während in den Nachbarländern Norwegen und Finnland nur 0,7 bzw. 0,6 Prozent der Menschen infiziert sind. Noch eklatanter ist der Unterschied bei der Sterblichkeit: Sie ist in Schweden 10 Mal höher als bei den beiden Nachbarn. Und weil die Fallzahlen seit September steil und ungebrochen steigen, droht dem Gesundheitswesen jetzt der Kollaps.

Die Situation sei «extrem angespannt» warnte Irene Svenonius, die Bürgermeisterin der Region Stock-

holm, und forderte sofortige medizinische Unterstützung durch die Armee. Neues Gesundheitspersonal lasse sich nämlich kaum mehr rekrutieren. Im Gegenteil. Seit dem Corona-Ausbruch hängen Monat für Monat 500 Spital-Mitarbeitende ihren Job an den Nagel. Das hat eine Erhebung des Fernsehsenders TV4 ergeben. Und der Staatssender SVT hat berechnet, dass allein in Stockholm 3600 Pflegende seit März ihren Beruf aufgegeben haben. Dies seien 900 mehr als im Vorjahr.

UNTERBEZAHLT UND KRANK

Nicht überrascht darüber ist Sineva Riberio, die Präsidentin der Pflegenden-Gewerkschaft Vårdförbundet. Zur Zeitung «Aftonbladet» sagte sie: «Schon im August sagten mir Mitglieder, sie würden kündigen, weil dies die einzige Möglichkeit sei, Freizeit zu haben und sich zu erholen.» Heute sei die Lage derart eskaliert, dass unter den 100 000 Gewerkschaftsmitgliedern viele unter Krankheiten, Erschöpfungssymptomen und Corona-Ansteckungen litten. Dieser Verschleiss der Mitarbeitenden sei todgefährlich. Riberio: «In

einem derart ermüdenden Arbeitsumfeld steigt die Wahrscheinlichkeit, Fehler zu machen. Und diese Fehler können dazu führen, dass Patienten sterben.»

Ein weiterer Grund für den Spital-Exodus ist das Lohnniveau. Pflegehilfskräfte verdienen gemäss dem statistischen Zentralamt bloss 29 000

«Eine Kündigung ist die einzige Möglichkeit, sich zu erholen.»

SINEVA RIBERIO, PFLEGENDEN-GEWERKSCHAFT VÅRDFÖRBUNDET

Kronen brutto, was 3065 Franken entspricht und gut 500 Franken unter dem Landes-Durchschnittslohn in Schweden liegt. Und bisher machte die Regierung kaum Anstalten, die Pflegegehälter zu heben. Immerhin erkannte sie mit der Kursänderung Ende November, dass ihr Sonderweg wohl ein Irrweg war. Eine Maskenempfehlung jedoch mochte die Regierung bis heute nicht ansprechen. Weil Staatsepidemiologe Anders Tegnell an deren Wirksamkeit zweifelt.

TSCHÜSS! Philip Thomas hat die Unia 15 Jahre lang durch die wilden juristischen Gewässer und ihre kapitalistischen Klippen geführt. FOTO: ZVG



Nach 15 Jahren an der Spitze der Unia-Rechtsabteilung

Philip Thomas nimmt den Hut

Unia-Chefjurist Philip Thomas (60) tritt ab, um ein grosses Versprechen wahrzumachen, das er seinem Vater gegeben hatte.

OLIVER FAHRNI

Am 30. November kam die Nachricht von Philip Thomas. Es sei Zeit, Abschied zu nehmen, schrieb er: «Ich werde mich inskünftig ganz der Musik widmen.»

Wir staunten. Der Leiter der Unia-Rechtsabteilung war noch lange nicht reif für seine Pensionierung. Und alle im Haus mögen den freundlichen und witzigen Mann, er hat die Unia 15 Jahre lang durch die wilden juristischen Gewässer und ihre kapitalistischen Klippen geführt. Und dabei manchem Arbeitgeber, Richter und Advokaten den Marsch geblasen. Doch nun Musik? Wer in diesem Moment vermutete, Philip wolle sich aufs Altenteil setzen und ein bisschen Hausmusik machen, irrte. Ihn treibt ein Versprechen an, das er seinem Vater im Sommer 2019 nach einem Abendessen in Lugano gegeben hatte. Als Peter Thomas im letzten Mai 94jährig starb, schien es für Philip Zeit, «mein Versprechen wahrzumachen».

LEICHTFÜSSIGER SCHWERARBEITER

Vater Peter Thomas war, wie die «Süddeutsche Zeitung» in ihrem Nachruf schrieb, «der Mann für die grossen Träume» und «einer der grössten Komponisten populärer Musik». Von ihm stammt die tausendfach gehörte Melodie zur «Raumpatrouille» (Raumschiff Orion). Wenn Kino- oder TV-Serien zu

Kaum war die Unia geboren, stand eine 16-Millionen-Franken-Klage ins Haus. Das war brenzlig!

Strassenfegern wurden, hatte Peter Thomas sie in Ton gesetzt: Stücke der Autoren Francis Durbridge oder Edgar Wallace. Oder die Figuren Jerry Cotton, Derrick, der Kommissar und der Alte. Eine seiner «Kommissar»-Melodien stand vier Wochen lang an der Spitze der deutschen Charts. Er hat für die Sängerinnen Zarah Leander und Juliette Gréco komponiert und für ungezählte andere Stars, für Schlager und Musicals. Daneben fand er Zeit, Erotik- und Horrorstreifen zu vertonen, Klangexperimente anzustellen, als Bandleader zu touren.

Kurzum: Philip's Vater hat den Soundtrack zum Nachkriegsdeutschland geschrieben. Swing geht auch in Berlin. Inzwischen haben ihn DJs und Soundbastler aus aller Welt und auch Filmemacher wie Quentin Tarantino entdeckt.

Diesen Nachlass, das hat er dem Vater versprochen, will Philip nun neu zu Gehör bringen. Ein immenses Unterfangen zwischen Bergen von Tonträgern und Bibliotheken von Notenblättern. Also eine Aufgabe so richtig nach Philip Thomas' Mass. Wer ihn bei seiner Arbeit in der Unia erlebt hat, weiss, dass er sie mit der Höflichkeit aller echten Schwerarbeiter anpacken wird: leichtfüssig, klaglos, froh.

SCHLAFLOSE NÄCHTE

Kaum war die Unia geboren, stand 2005 eine 16-Millionen-Franken-Klage ins Haus. Das war brenzlig! Eine Verurteilung hätte die Unia sogleich in existentielle Nöte gebracht. Der CEO von Boillat-Swissmetal in Reconvilier BE drohte, die Gewerkschaft finanziell zu vernichten, weil sie den langen, harten Streik der Arbeitenden gegen die spekulative Zerstörung ihrer Fabrik unterstützte. Am Ende wurde die Klage abgewendet.

Wie das glückte, erzählt Philip Thomas nicht. Er macht nicht gern viel Aufhebens um seine Person. Etwas «holprig» sei die erste Zeit der Unia schon gewesen, kann man ihm gerade noch entlocken. In seiner lächelnden Diskretion würde er nie sagen, dass die Verschmelzung von GBI und Smuv zur Grossgewerkschaft Unia nicht nur ein politischer und gewerkschaftlicher Kraftakt war, sondern auch ein juristischer Brocken. Und die Angriffe der Arbeitgeber begannen sofort. Da kann schon mal Hektik eintreten. Wie in jener Nacht 2008, als ein An-



LEGENDÄR: Komponist Peter Thomas wurde mit seinen Filmmelodien weltberühmt – er hat den Soundtrack zum Nachkriegsdeutschland geschrieben.

FOTOS: FILMSTILL KURZ-
PORTRAIT



ruf vom Gotthard kam. Seit Monaten tobte der Konflikt um die Arbeitsbedingungen auf der Neat-Baustelle. Jetzt wollten die Arbeitenden die riesige Bohrmaschine abstellen. Ein Millionenschaden drohte. Philip musste die rechtlichen Folgen abschätzen. Heikel. Schliesslich gab er grünes Licht, aber es kostete ihn ein paar Nächte Schlaf.

ROTE SOCKE

Die Rolle von Gewerkschaftsjuristinnen und -juristen wird gerne unterschätzt. Sie geben nicht nur Rat in arbeitsrechtlichen Fragen (im work etwa in der Rubrik «Das offene Ohr»). Sie begleiten GAV-Verhandlungen, treiben die rechtliche Sicherung und Verbesserung der sozialen Errungenschaften wie etwa der begrenzten Arbeitszeit, führen Schlichtungen und Prozesse bis vors Bundesgericht.

Im besten Fall mit günstigem Ausgang. Wie etwa 2010 bei der Micarna gegen den Grossverteiler Migros, wo es vor dem obersten Gericht schliesslich gelang, die Sonntagsarbeit beim Hühnerschlachter zu verhindern und die irre Arbeitskadenz zu senken.

Eine simple Juristerei ist das nie. Darum müssen Gewerkschaftsjuristen dauernd abwägen, wie weit man zu weit gehen darf. Es sei wie beim Fussball, sagt Philip, den sie zu Hause «die rote Socke» nannten. Er bewundere die Persönlichkeit der jungen Stürmer und ihre Metamorphose, wenn sie in einem Arbeitskonflikt zu Kämpfern werden. Er und sein Team, sagt er, stehen dann als Goalie im Tor. «Wir müssen die Zwischentöne finden, nicht nur juristisch, es braucht das persönliche Gespräch, eine ganze Klaviatur von Schattierungen.» Vor allem, weil die Arbeitgeber juristisch aufgerüstet haben und inzwischen beim geringsten Konflikt schon die High-End-Anwaltsfirmen auffahren, jene mit den 600 Franken Stundenhonorar. «Die sozialen Beziehungen werden immer mehr justialisiert.»

Darum seien für seine Arbeit immer das gemeinsame Ziel und das Wohlwollen der Organisation bestimmend gewesen: «Die Wertschätzung meiner Arbeit habe ich mir jetzt in den Rucksack für den nächsten Lebensabschnitt gepackt.»

DER DOPPELTE THOMAS

Erst jetzt ist ihm, zwischen Berlin und Bern pendelnd, die ganze Bedeutung des väterlichen Werkes aufgegangen. Vieles hatte er zu Hause nicht mitbekommen. «Der Vater war einfach der Mann, der auf dem Klavier spielte. Aber immer auch ein Vater.»

Spontan haben sich bei Philip jetzt viele Fans von Peter Thomas gemeldet. Schon im November ist der Soundtrack zum Bruce-Lee-Film «The Big Boss» als CD-Neuauflage erschienen. Aus dem Alten soll Neues werden, hörbar für ein junges Publikum. Der DJ Mike Candys hat eben das Musical «Wodka für die Königin» (Zarah Leander) neu gemixt.

Wodka für Philip!

Peter Thomas, der Youtube-Channel: rebrand.ly/youtube-peter-thomas
Auf Spotify: rebrand.ly/spotify-peter-thomas

50 Jahre Frauenstimmrecht (8): Margarethe Faas-Hardegger (1882–1963)

Die Agitatorin

Die grosse work-Serie mit Historikerin Dore Heim



UNBEQUEM: Gewerkschafterin Margarethe Faas-Hardegger propagierte das Wahl- und Stimmrecht für Frauen, das Recht auf Abtreibung, Anarchismus und freie Liebe. FOTO: SOZIALARCHIV

«Der erste weibliche Sekretär» im Schweizerischen Gewerkschaftsbund wurde innert vier Jahren einmal angestellt und zweimal entlassen. Beim zweiten Mal dann definitiv, abgespeist mit einem halben Monatslohn Entschädigung von gerade mal 112 Franken und 50 Rappen.

Margarethe Faas-Hardegger ist voll Elan, als sie sich beim SGB bewirbt. 22 Jahre alt, hochschwanger mit dem zweiten Kind, Jusstudentin und Sekretärin von Eugen Huber, dem Vater des Zivilgesetzbuches. Die SGB-Führung ist skeptisch über diese junge Akademikerin, die nicht aus der Arbeiterschaft stammt. Ihr Vater arbeitet beim Berner Telegraphenam, ihre Mutter ist Hebamme. Aber Hermann Greulich, ihr Förderer und Mentor, drückt ihre Wahl durch.

MACHT EINFACH, WAS SIE WILL

Margarethe Faas-Hardegger stürzt sich in die Arbeit. Ihr Studium hat sie abgebrochen. Sie reist kreuz und quer durch die Schweiz zu Gewerk-

schaftsversammlungen und gründet sogleich eine neue Gewerkschaft in Schönenwerd SO. Das Königreich der Familie Bally hat bisher noch niemand geknackt. Die Textilarbeiterinnen liegen ihr besonders am Herzen.

Ihre Begabung als Rednerin spricht sich schnell herum, jeder ihrer Auftritte wird zum Ereignis: «ein oratorischer Genuss». Die Leute strömen zu Hunderten herbei, um die junge Kollegin zu sehen und zu hören. Im SGB-Sekretariat

versauern derweil die beiden altgedienten Kollegen Arnold Calame und Ferdinand Thies. Die umtriebige, freigeistige Margarethe passt so überhaupt nicht in die Strukturen und will sich auch gar nicht anpassen. Ganz im Gegenteil! Sie

«Wenn Männer zu zaghaft sind, müssen wir ihnen die Schlafmützen herunterziehen.»

MARGARETHE FAAS-HARDEGGER

sagt: «Wenn die Männer zu zaghaft sind, so müssen die Frauen ihnen die Schlafmützen herunterziehen.» Und ihr schneller Erfolg gibt ihr Rückenwind. Faas-Hardegger ist «eine Genossin, die ins Land hinausgeht».

Draussen knüpft sie Kontakte zu den welschen Syndikalisten, zu Anarchisten und Antimilitaristen. Und gründet im Frühjahr 1906 die Zeitung «Die Vorkämpferin». Ohne Rücksprache mit den Kollegen.

Im Sommer 1906 erhält sie plötzlich die Kündigung. Auf Betreiben der Kollegen Calame & Thies. Begründung: «Die macht einfach, was sie will!»

Faas-Hardegger sei chaotisch und unzuverlässig, Gewerkschaftsarbeit und Sekretariat würden durch ihr Verhalten untergraben. Da gehen aber die Arbeiterinnenvereine, ihr Mentor Greulich und die welschen Gewerkschaften auf die Barrikaden. Die Kündigung wird zurückgezogen. Und Margarethe Hardegger macht genau so weiter wie bisher. Im Frühling 1907 gründet sie das französischsprachige Pendant zur Vorkämpferin, «L'Exploitée», wieder ohne Beschluss der Gremien. Die Stimmung im SGB-Sekretariat ist mittlerweile richtig feindselig. Doch die Vielreisende ignoriert's.

RECHT AUF ABTREIBUNG UND FREIE LIEBE

Mitte August 1907 steigt in Stuttgart die erste Internationale Konferenz der sozialistischen Frauen. Mit Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Alexandra Kollontaj, Angelica Balabanoff usw. Und der 25jährigen Margarethe Hardegger, als offizielle Rednerin der Schweizer Delegation. Das Frauenstimm- und -wahlrecht wird von da an eines ihrer wichtigsten Anliegen. In den beiden Zeitungen der Arbeiterinnen thematisiert sie auch das Recht auf Abtreibung, die Gewalt in der Familie, die Rechtlosigkeit der Ehefrauen.

Nun aber sind die Führungsfrauen der Arbeiterinnenvereine brüskiert – zu freimütig, zu progressiv! Die Gescholtene nimmt die Kritik als Freipass und propagiert auch noch die freie Liebe und den Anarchismus. Hermann Greulich schaudert's, er lässt sie fallen. Jetzt folgt die zweite Kündi-

gung – und die ist definitiv. Exakt vier Jahre hat das Arbeitsverhältnis beim SGB gedauert, ein beidseitiges Missverständnis von Anfang an. Aber «der erste weibliche Sekretär» hat unumkehrbar dafür gesorgt, dass die «Frauenthemen» in der Gewerkschaftsbewegung gesetzt sind.

Hardegger bleibt chaotisch und leidenschaftlich politisch. Dreimal gründet sie eine Kommune, hat (berühmte) Anarchisten als Liebhaber und ihre Frauen zu Freundinnen. Sie unterstützt und hilft Frauen bei der Abtreibung und muss zweimal ins Gefängnis. Ihr Haus im Tessin wird in den 1930er Jahren zum Zufluchtsort für Emigrantinnen und Emigranten. Die Friedensaktivistin stirbt dort 1963 mit 81 Jahren an Herzschwäche.

work-Serie: Stimmrechtsfrauen



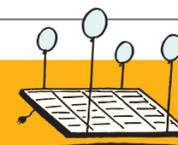
FOTO: NICOLAS ZONVI

Am 7. Februar 2021 wird das nationale Stimm- und Wahlrecht der Frauen in der Schweiz 50jährig. Bis dann wird Gewerkschafterin und Historikerin **Dore Heim** die unerschrockensten und wichtigsten «Frauenrechtlerinnen» in einer work-Serie porträtieren. Bisher gewürdigt wurden:

Katharina Zenhäusern, die als erste Schweizerin abstimmen ging. Iris von Roten, eine der radikalsten Denkerinnen der Sache der Frauen. Emilie Lieberherr, «Animal politique» wie keine andere Politikerin in der Schweiz. Josi Meier, die CVP-Politikerin, die sich eine eigene Meinung leistete. Martina Hälg-Stamm, die Pionierin in Mostindien. Dora Schmidt, die erste Bundesbeamtin der Schweiz. Und Rosa Bloch, die kompromisslose Revolutionärin.

Alle Teile der Serie gibt es hier: www.rebrand.ly/frauenstimmen

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Solarenergie, Corona-Impfstoff & Antibiotika: Die Welt verändert sich schneller, als wir nachdenken können

Wir erleben derzeit eine Beschleunigung der technischen Entwicklung, wie sie nicht einmal bei der Einführung der Dampfmaschine oder des Automobils stattgefunden hat.

Die EnBW ist die parastaatliche Elektrizitätsgesellschaft des deutschen Bundeslandes Baden-Württemberg, seiner Kreise und Gemeinden. Sie setzt neu voll auf Wind- und Solarenergie. EnBW baut jetzt in Brandenburg ein Freiland-Solkraftwerk mit einer installierten Leistung von 500 Megawatt. Um pro Jahr rund 500 Millionen Kilowattstunden Strom zu produzieren. Für 4 Rappen pro Kilowattstunde. Mehr Leistung als das AKW Mühleberg im Kanton Bern. Mehr Produktion als das Kraftwerk Mattmark im Wallis.

ZEICHEN DER ZEIT. Baden-Württemberg investiert über die EnBW dafür nur 280 Millionen Franken. Dies in der Logik der schwäbischen Hausfrau: Wenn man im wenig sonnigen Brandenburg subventionsfreien Solarstrom für weniger als 4 Rappen produzieren kann, dann muss man Solaranlagen

bauen. Wie lange wird es dauern, bis unsere Bäuerinnen und Bauern diese Goldgrube entdecken? Und für ihre doppelt nutzbaren Flächen einen halben Solarrappen pro produzierte Kilowattstunde verlangen können. Prognose: Falls die Trinkwasserinitiative angenommen wird, kann die Jagd nach neuen Einnahmequellen beginnen.

Nirgends in Europa verdienen Pharma-Manager mehr als in der Schweiz, mehr als bei Roche und Novartis. Noch schwimmen die faulenzenden Erbbinnen und Erben der Gründer dieser Unternehmen im geerbten Geldregen. Dabei lehrt die Wirtschaftsgeschichte: Konzerne, die nicht rechtzeitig die Zeichen der Zeit erkennen, gehen unter. Dies droht jetzt der Basler Chemie.

Für Roche und Novartis war die Impfstoffproduktion zu wenig profitabel. Sie konzentrierten ihr Geschäft auf scheinbar zukunftsträchtigere Gebiete wie die Entwicklung von Krebsmedikamenten und die Diagnostik. Im Gegensatz zum Pharmamulti Pfizer beteiligten sie sich nicht an Start-ups, die neue Impfstoffe



FREILAND-ENERGIE: Solarpark in Baden-Württemberg. FOTO: ENBW

entwickelten. Im Gegenteil: Novartis verkaufte seine Fabrik in der Nähe von Mainz an Biontech. Ein Eigengoal der Extraklasse: Hier wird jetzt der revolutionäre Corona-Impfstoff produziert. Was geschieht, wenn Unternehmen wie Biontech uns nächstens erfolgreich gegen Krebs impfen können? Wir blicken mit Vorteil etwas besorgt nach Basel.

FORTSCHRITT FÜR ALLE. Jährlich sterben weltweit 700 000 Menschen unnötigerweise, weil die vorhandenen Antibiotika gegen keimresistente Bakterien nicht mehr wirken.

Im Jahre 2050 werden es nach der Weltgesundheitsorganisation (WHO) 10 Millionen Tote sein. Schnelle Erfolge sind nur möglich, wenn jemand 20 bis 30 Milliarden Franken in die Hand nimmt – und so den Wettbewerb zwischen Konzernen, Start-ups und Hochschulen stimuliert. Und die ganze Welt von der Plage keimresistenter Bakterien befreit.

Wer kommt da in Frage? Unsere Nationalbank hat ein Vermögen von 1000 Milliarden Franken. Statt weiter in die Waffenindustrie zu investieren, müssten Nationalbankchef Thomas Jordan & Co.

einen Antibiotika-Fonds schaffen. Die Nationalbank beschäftigt jede Menge Analystinnen und Analysten. Aus den Erfahrungen bei der Entwicklung des Grippeimpfstoffes müssten sie zwei Dinge lernen: Die volkseigene Investorin namens Nationalbank muss an den Gewinnen beteiligt werden. Damit der Fonds sich selber trägt. Und die Preise der Antibiotika der nächsten Generation müssen den Schwellenländern und den Ärmsten unter den Armen zu den Produktionskosten abgegeben werden. Damit alle etwas vom technischen Fortschritt haben.

LINKS ZUM THEMA:

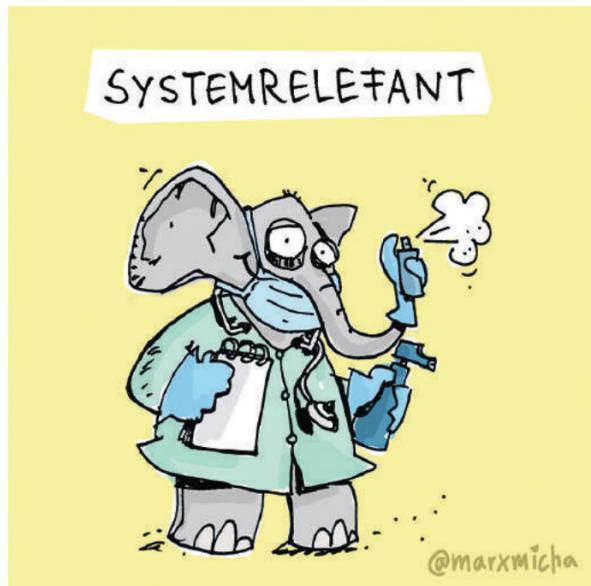
● rebrand.ly/drei-fragen
Die Leserbriefe im «Handesblatt» zeigen auf, dass die Menschen in Sachen erneuerbare Energien drei Fragen beschäftigen: Erstens der Landverbrauch. Zweitens die fehlenden Speicher. Und drittens der zu geringe Ertrag im Winter. In Sachen Landverbrauch braucht es – anders als im deutschen Brandenburg – vertikal aufgestellte Solarzellen, damit die Flächen doppelt genutzt werden können. Erstens für die Stromproduktion und zweitens für die Landwirtschaft. Mit immer günstiger werdenden Batterien kann man zweitens die Tag- und Nachtspitzen glätten. Und drittens müssen wir im Winter so viel Strom produzieren, wie wir brauchen. Und die im Sommer anfallenden Überschüsse benutzen, um mit Solarstrom Wasserstoff, Kerosin und Diesel zu produzieren.

● rebrand.ly/antibiotika
Die Sendung «Einstein» auf SRF bringt immer wieder informative Beiträge. Dieser widmet sich den Antibiotika.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

2020: Humor ist, wenn wir trotzdem noch lachen

Wir Corona-Tierchen



Jedem Tierchen sein Pläsierchen. Auch in Lockdown-Zeiten. Das fand der deutsche Comedy-Künstler Micha Marx (35) und kreierte darum seine Quarantierchen. Erkennen Sie sich wieder?



MICHA MARX: Vater der Quarantierchen. FOTO: ZVG

Sie sind witzig, auf den Punkt getroffen und verkörpern genau das, was die Welt in dieser verflixten Coronazeit braucht: Humor. Zum Glück hat Micha Marx davon ganz viel und kann auch noch zeichnen. Denn sonst gäbe es sie vermutlich nicht: seine Quarantierchen, die gerade das Netz erobern.

Geschaffen hat Marx die witzigen Wesen schon im Frühling, während der ersten Coronawelle. Er war in selbstverordneter Isolation. Und ihm war langweilig. Also dachte er sich für die verschiedenen Quarantäne-Typen tierische Ebenbilder aus. Den Lesel für die Bücher-Junkies. Den Toiletten-Tapir für die WC-Papier-Hamsterer. Oder den Kochtopus für all jene, die während des Lockdowns plötzlich die Küche für sich entdeckten.

Im April stellte Marx die ersten Quarantierchen auf Facebook – und sie gingen direkt durch die Decke. Mehrere Tausend Mal wurden die Beiträge geteilt und kommentiert. Als eine Followerin schreibt, dass sie in der Quarantäne gerade sehr oft online einkaufe, wusste Marx: «Diese Idee wollte ich unbedingt umsetzen». Und schon wenig später gab es ihn: den Online-Shoppinguin.

STEHAFMANN. Mittlerweile hat Marx über 60 Quarantierchen gezeichnet (hier gibt's sie alle zu sehen: rebrand.ly/quarantierchen). Nur gerade 45 Minuten dauert es von der Bleistiftskizze bis zur farbigen Endversion. Marx ist Profi. Er arbeitete früher als selbständiger Grafiker, Illustrator und Trickfilmer. Bevor er sich vor drei Jahren entschied, sein Geld mit Auftritten als Bühnenkünstler zu verdienen. Seither ist Marx mit seiner «Kritz-Comedy» unterwegs. Einem Genre, das er gleich selber erfunden hat, weil er sich nicht zwischen Komik und Zeichnen entscheiden konnte. Marx: «Auf der Bühne sieht das dann so aus, dass ich einen Beamer und Leinwand dabei habe, Zeichnungen zeige und dazu Blödsinn erzähle.» Etwa Geschichten aus seiner Kindheit in der schwäbischen Provinz. Denn obwohl Marx mittlerweile in Bonn lebt, ist er immer noch ein Vollblutschwabe. Und das ist

Marx macht «Kritz-Comedy». Weil er sich nicht zwischen Komik und Zeichnen entscheiden konnte.

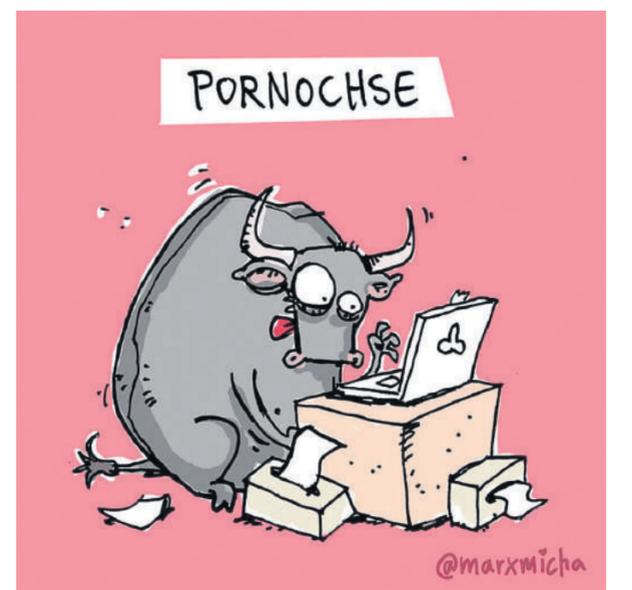
offenbar ein Pandemievorteil, denn: «Als Schwob habe ich natürlich e bisschen was zur Seite gelegt.» Deshalb habe es ihn nicht gerade total umgeworfen, als im Frühling der erste (Kultur-) Lockdown kam und sein gesamtes Einkommen wegfiel. Längerfristig «den Hintern gerettet» haben Marx aber seine Quarantierchen, die er inzwischen als Postkarten und T-Shirts verkauft. Darauf muss er jetzt noch länger setzen. Denn Deutschland hat gerade wieder dichtgemacht. Und damit ist völlig offen, wann Marx zurück auf die Bühne kann.

Den Humor verloren hat er trotz dem neuerlichen Lockdown aber nicht. Im Gegenteil: Gerade hat er sein jüngstes Tierchen auf Facebook gepostet. Den Maskenverweigerer. Mit der charmant-schwäbischen Botschaft: «Hängt euch den Lappen vor die Gosch, um Himmels willen.»

In diesem Sinne: auf gute Gesundheit und ein besseres neues Jahr! (pdi)

Die Quarantierchen zum Bestellen, als Postkarten und T-Shirts: www.zweigoldshop.de/shop/micha-marx

Kritz-Comedy in Action: www.micha-marx.de/videos.html



**Achtung,
fertig,
gedruckt.**



Jeden Monat 32 Millionen Zeitungen, Magazine und Werbeprospekte - selbst hohe Auflagen realisieren wir in kürzester Zeit. Modernste Druckanlagen, schnelle und unkomplizierte Abläufe, kurzfristige Vor- und Durchlaufzeiten machen es möglich. Damit das so bleibt, investieren wir laufend in neuste Technologien an unseren beiden Standorten Aarau und St. Gallen. Wir produzieren heute die Zeitung von morgen: www.chmediaprint.ch.

Spannendes Buch von Bürgersohn, Kommunist und PdA-Gründer Harry Gmür: Reportagen von Links

In der Schweiz wollte niemand Harry Gmürs antifaschistische Artikel drucken. 40 Jahre nach seinem Tod erscheint jetzt in der Schweiz ein Buch mit ausgewählten Reportagen und Essays.

MICHAEL STÖTZEL

Das hätte sich Harry Gmür nie träumen lassen: eine insgesamt recht freundliche Besprechung seiner Reportagen in der Zeitung «Blick». Denn der Spross aus reichem Hause war «seit den frühen 1940er Jahren ein prinzipientreuer Kommunist». So schreibt es work-Kolumnist Jean Ziegler im Vorwort zur Neuerscheinung von dreissig Artikeln, die Gmür zwischen 1938 und 1979, dem Jahr seines Todes, geschrieben hat. Neu herausgegeben hat sie jetzt sein jüngster Sohn, der Psychiater Mario Gmür.

FRÜHER KRITIKER

Mit der Auswahl aus einigen Hundert Reportagen und Essays möchte Mario Gmür zwei Lebensphasen seines Vaters dokumentieren. Zunächst in den Jahren 1938 und 1939 Gmürs Abscheu vor faschistischen Gruppen in der Schweiz und vor der liebedienerschen Politik des Bundesrates gegenüber Hitler und Mussolini. Kritik übte er auch an der nachgiebigen Innenpolitik seiner damaligen Sozialdemokratischen Partei, von der er sich in jenen Jahren entfremdete. Besonders stiess er sich am Gerede von der «Schicksalsverbundenheit sämtlicher Eidgenossen», wie er es in einem späteren Artikel einmal nannte. Es sollte vorgaukeln, dass alle in der Schweiz gleichermassen unter den Entbehrungen der Vorkriegs- und der Kriegsjahre leiden mussten.

Die zweite im Buch dokumentierte Lebensphase ist die Zeit des Kalten Krieges. In der Schweiz als Kommunist und Dissident verachtet und verfolgt, wich Gmür mit seinen Arbeiten in die DDR aus. Dort erschienen sie in der Zeitschrift «Weltbühne». An unüblich loser Leine geführt, publizierte die Zeitschrift Artikel für kultur- und ausenpolitisch interessierte Leserinnen und Leser. Zwei Artikel Gmürs (von



PRINZIPIENTREUER KOMMUNIST: Harry Gmür 1965 in Moskau. FOTO: CHRONOS-VERLAG

1965 und 1975) beschäftigen sich erneut mit der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Lange bevor die Geschichtsschreibung die verbreitete Vor-

In der Schweiz als Kommunist und Dissident verachtet und verfolgt, wich Gmür in die DDR aus.

stellung widerlegte, das Land habe den Krieg «als unbeteiligter Zuschauer vom sicheren Logenplatz aus verfolgt», verwies Gmür bereits auf die für Nazi-Deutschland entscheidenden wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Verflechtungen. Diese hätten Hitler daran gehindert, auch der Schweiz den Krieg zu erklären. Was zum Zeitpunkt der Publikation empört haben mag, gilt heute als Konsens in der Schweizer Geschichtsschreibung.

AFRIKA-KENNER

Vor allem beschäftigt sich Gmür in seinen Reportagen für die «Weltbühne» aber mit der Entkolonialisierung afrikanischer Staaten. Im deutschen Sprachraum wohl einmalig und überaus lesenswert sind seine emphati-

schen Portraits der Befreiungskämpfer Julius Nyerere (Tanganjika, das heutige Tansania), Kenneth Kaunda (Sambia), Sékou Touré (Guinea) und Kwame Nkrumah (Ghana). Abgesehen von Nyerere sind sie heute in Europa in Vergessenheit geraten. Leider fehlen im Buch zusätzliche Erläuterungen zu den Personen und der Entwicklung ihrer Länder.

Dass Gmür nicht nur politischer Analytiker war, sondern auch literarische Qualität besass, demonstrieren schliesslich seine Beobachtungen während einer Mittelmeerkreuzfahrt, die er 1961 unternahm. Im Zusammenhang mit den vielen bedrückenden Themen im Buch sind seine spitzen Bemerkungen zu den Mitreisenden fast schon erholsam.



Harry Gmür, **Reportagen von Links**. Vier Jahrzehnte Kampf gegen Faschismus und Kolonialismus. Mit einem Vorwort von Jean Ziegler und Anmerkungen des Herausgebers Mario Gmür. Europa-Verlag, Zürich 2020, 336 Seiten, CHF 39.90.

Harry Gmür: Grossbürger und Kommunist



«Man kennt die Früchte nicht der Bäume, die man pflanzt.» Das senegalesische Sprichwort zitiert work-Kolumnist Jean Ziegler

in seinem Vorwort zu den neu erschienenen Analysen und Reportagen von Harry Gmür. Denn der Sohn aus grossbürgerlichem Hause, geboren 1908 in Bern, entwickelte sich zum überzeugten Kommunisten. Die entscheidende Wegmarke seines politischen Lebens war die Machtergreifung des Faschismus in Deutschland, Italien und Spanien. Er engagierte sich im antifaschistischen Widerstand, gab die Wochenzeitung ABC heraus und arbeitete zu Kriegsbeginn für die damals verbotene Kommunistische Partei der Schweiz.

«VORWÄRTS»-CHEFREDAKTOR. Nach dem Ausschluss aus der SP gehörte er 1944 zu den Gründern der Partei der Arbeit (PdA), der Nachfolgeorganisation der KP. Er übernahm zwei Jahre lang die Chefredaktion des Parteiorgans «Vorwärts» und sass für die PdA von 1946 bis 1950 im Städtzürcher Parlament. In den 1950er Jahren gehörte er zu den Gründern des Universum-Verlages. Ab 1958 publizierte er unter den Pseudonymen Stefan Miller und Gaston Renard in der DDR-Zeitschrift «Weltbühne». (ms)

work1xl der wirtschaft

Daniel Lampart



VOLLER LOHNERSETZ FÜR GERINGVERDIENENDE BEI KURZARBEIT

Die Coronakrise trifft Menschen mit tieferen Einkommen besonders stark. Denn es sind insbesondere die Branchen und Berufe mit kleinen Löhnen, welche die grössten Einbussen erleiden – also die Mitarbeitenden in Restaurants und Hotels, im Kultur- und Eventbereich, im Detailhandel oder bei den persönlichen Dienstleistungen wie beispielsweise Kosmetik oder Pédicure. Die Arbeitnehmenden in den Dienstleistungs- und Verkaufsbereichen haben im Schnitt einen Monatslohn von 3370 Franken (x 13) gemäss Bundesamt für Statistik.

LEERES PORTEMONNAIE. Laut einer Erhebung von SRG/Sotomo haben Haushalte mit einem Einkommen von unter 4000 Franken durch die Krise einen Einkommensverlust von 19 Prozent erlitten. Ihnen stehen also heute noch 81 Prozent des früheren Einkommens zur Verfügung. Auch die Topverdienenden haben zwar 5 Prozent weniger Einkommen. Gleichzeitig konnten sie aber ihre Lebenshaltungskosten um 9 Prozent senken. Weil sie

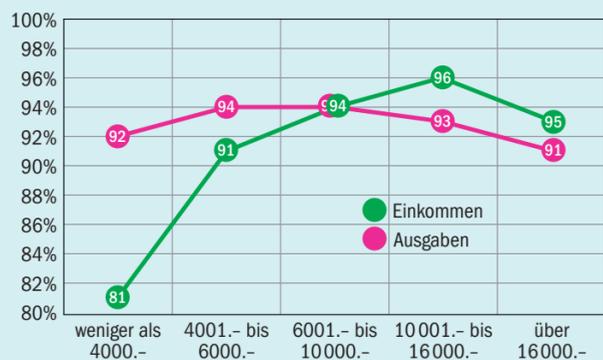
beispielsweise im Homeoffice weniger Berufsauslagen haben.

Die starken Einkommensrückgänge bei den Geringverdienenden sind insbesondere eine Folge der Kurzarbeit. Dank der Kurzarbeit, bei der die Arbeitslosenversicherung (ALV) die Lohnkosten für ausgefallene Arbeitsstunden und Arbeitstage übernimmt, konnten zwar viele Stellen erhalten werden. Doch die ALV zahlt nur 80 Prozent des Lohnes. Die Betroffenen haben daher eine empfindliche Lohneinbusse. Bei einem Monatslohn von 3370 Franken sind 80 Prozent nur noch 2700 Franken. Zusätzlich fehlen beispielsweise beim Servicepersonal die Einnahmen aus dem Trinkgeld.

KAUFKRAFT STÄRKEN. Die Krise dauert nun schon seit März. Einkommensausfälle von insgesamt mehreren Tausend Franken sind daher nichts Aussergewöhnliches. Dieses Geld fehlt, wenn eine unerwartete Ausgabe wie eine Autoreparatur oder eine Zahnarztbehandlung ansteht oder wenn das ÖV-Abo erneuert werden muss usw. Viele

Einkommen und Ausgaben gegenüber Vorkrisen-Niveau

Lesbeispiel: Ein Haushalt mit einem Einkommen von unter 4000 Franken hat jetzt noch 81 Prozent des Einkommens von vor der Coronakrise zur Verfügung.



haben noch keine Ahnung, wie sie die Steuerrechnung bezahlen sollen. Um diese Probleme zu lösen, braucht es eine Aufstockung der Kurzarbeitsentschädigung für Geringverdienende. Sie sollen nicht mehr nur 80 Prozent des Lohnes, sondern neu den vollen Lohnersatz erhalten. Das wäre nicht nur für

die Betroffenen eine wesentliche Entlastung. Sondern diese Aufstockung des Kurzarbeitsgeldes wäre auch eine sehr zielgerichtete Massnahme zur Stärkung der Kaufkraft.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

TV-Reportage Kambodschas Textil-Hölle

Willy Iffland ist ein deutscher Fashion-Blogger mit fast 200 000 Instagram-Followern. Kleidermode ist seine Welt. Was der 30jährige aber lange nicht kannte, waren die Zustände in den Fabriken, in denen sein neuester Chic hergestellt wird. Bis Iffland mit der Journalistin Helen Fares und einem Kamerateam nach Kambodscha reiste. Im autoritär regierten Staat arbeitet ein Fünftel der Bevölkerung in der Textilindustrie. Zu oft miserablen Bedingungen, wie dem Mode-Blogger von Näherinnen, Gewerkschafterinnen und Fabrikbesitzern eindrücklich gezeigt wird. Diese ernüchternden und aufwühlenden Begegnungen zeigt jetzt der preisgekrönte Dokumentarfilm «Mode.Macht.Menschen».

Mode.Macht.Menschen, von Patrick Kohl und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Deutschland 2020, 97 Minuten, gratis unter: rebrand.ly/kambodscha.

Neues Kinderbuch Ida und der Papagei

Die kleine Ida hat ein Geheimnis: Der rot-blau-gelbe Plüsch-Papagei, den sie zum Geburtstag bekommen hat, kann sprechen. Idas Plüsch-Papagei erzählt, dass er früher ein echter Papagei gewesen sei und im brasilianischen Regenwald gelebt habe. Bis die Menschen den Wald abholzten und die Baumhöhlen der Papageien zerstörten. Er berichtet von seiner wundersamen Reise nach Europa und wie er sich aus Verzweiflung von einer Baumfee in ein Plüschtier verwandeln liess. Denn er hat fürchterliches Heimweh nach den Tropen. Da beschliesst die kleine Ida, ihm zu helfen... Ein Kinderbuch über soziale Verantwortung und globale Zusammenhänge. Geschrieben von Ex-Unia-Geschäftsleitungsmitglied Rita Schiavi und liebevoll illustriert von Marina Bonnot.



Rita Schiavi, Marina Bonnot: **Ida und der Papagei**. MTM-Verlag, 2020, 36 Seiten, ca. CHF 14.30

Online statt Berlin Luxemburg-Konferenz

Seit 1996 organisiert die marxistische, parteiunabhängige Tageszeitung «Junge Welt» jeweils im Januar die Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin. Gut und gerne 3000 Leute zieht das Happening an. Jetzt wird der Riesenanstoss coronabedingt erstmals ins Internet verlagert. Mit dem Vorteil, dass das gesamte Programm vom Sofa aus verfolgt werden kann. Ansonsten verspricht die Konferenz aber keine Gemütlichkeit. Sondern aufwühlende Referate und heisse Debatten: «Der Sieg der Vernunft kann nur der Sieg der Vernünftigen sein», lautet entsprechend das diesjährige Konferenz-Motto (und ein Ausspruch Bertolt Brechts). Gebucht sind bereits Rednerinnen und Redner aus den USA, Deutschland, Kanada, Italien, Kuba, Indien, Burkina Faso, Mali und Libanon.

26. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz, 9. Januar 2021, live auf: www.rosa-luxemburg-konferenz.de



Mirjam Brunner von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Homeoffice: Muss ich den Bürostuhl selbst kaufen?

Im Lockdown letzten Frühling habe ich zum ersten Mal im Homeoffice gearbeitet. Ich verrichtete meine Arbeit am Esstisch, und es störte mich anfangs nicht, da das Homeoffice ja nur vorübergehend angeordnet wurde. Mit der Zeit bekam ich jedoch Rückenschmerzen und war froh, als ich wieder ins gut eingerichtete Büro im Betrieb zurückkehren konnte. Jetzt hat meine Firma erneut Homeoffice angeordnet. Ich brauche einen Bürostuhl, damit ich nicht wieder Rückenprobleme bekomme. Muss ich den selbst kaufen?

MIRJAM BRUNNER: Nein. Ihre Firma muss Ihnen einen geeigneten Stuhl zur Verfügung stellen oder die Kosten übernehmen. Sie ist aufgrund der Fürsorgepflicht verantwortlich für ergonomisch gute Arbeitsbedingungen, auch im Homeoffice.



ZU HAUSE IM BÜRO: Die Firma bezahlt Pult, Stuhl & Co.

Zusammenhänge zwischen körperlichen Beschwerden und der Bildschirmarbeit wurden in diversen Studien belegt. Sie brauchen eine angemessene Ausstattung, dazu können neben einem höhenverstellbaren Stuhl auch weitere Elemente gehören, wie ein externer Bildschirm und eine gute Arbeitsplatzbeleuchtung. Grundsätzlich hat der Arbeitgeber die Arbeitnehmenden mit den Geräten und dem Material auszurüsten, die sie zur Verrichtung der Arbeit benötigen. Die Arbeitsplatzeinrichtung mit Pult und Stuhl gehören klar dazu. Auch das übliche Büromaterial und die IT-Infrastruktur wie Computer, Maus und Drucker fallen darunter. Wenn Sie im Einverständnis mit dem Arbeitgeber Ihre privaten Geräte oder privates Material für die Ausführung der Arbeit zur Verfügung stellen, so sind Sie dafür grundsätzlich angemessen zu entschädigen, sofern Sie nichts anderes vereinbart haben.

Erreichbarkeit: Muss ich im Homeoffice Mails auch spät abends beantworten?

Seit wir vorwiegend im Homeoffice arbeiten, erhalte ich häufig spät abends Mails von Mitarbeitenden und Vorgesetzten. Als ich eine Kollegin darauf ansprach, meinte sie, dass wir im Homeoffice ja flexibel seien und deshalb auch am Abend arbeiten könnten. Ich halte mich aber an die normalen Bürozeiten und möchte zur gewohnten Zeit Feierabend machen. Muss ich jetzt auch spät abends Mails beantworten?

MIRJAM BRUNNER: Nein, das müssen Sie nicht. Homeoffice wird oft mit einer erhöhten zeitlichen Flexibilität der Arbeitnehmenden angepriesen. Die Flexibilität darf jedoch nicht dazu führen, dass man dauernd erreichbar sein muss. Grundsätzlich gelten im Homeoffice die gleichen Arbeitszeiten wie im Büro. Andere Abmachungen sind möglich, es müssen jedoch Zeitfenster für die Leistungserbringung festgesetzt werden. Ausserhalb dieser Zeitfenster müssen Sie nicht erreichbar sein, also auch nicht auf Mails antworten. Es ist für die Gesundheit schädlich, wenn Sie nie abschalten können. Die Zerstückelung der Ruhezeiten durch Anrufe und andere Kontaktnahmen kann zu Konzentrationschwächen, Nervosität und anderen Störungen führen. Ihre Gesundheit muss durch Zeiten von Nichterreichbarkeit geschützt werden. Zudem gilt auch für die Flexibilität das Arbeitsgesetz. Die Vorschriften zu Pausen, Arbeits- und Ruhezeiten gelten auch im Homeoffice.

Auch in der Pandemie: Weiterbildung bleibt möglich

Bei Movendo lernen – offline

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften hält sein Angebot trotz Corona aufrecht. 2021 nimmt Movendo spannende neue Themen auf.

MARTIN JAKOB

Der Lockdown hat auch Movendo erwischt. Von März bis Anfang Juni waren in der ganzen Schweiz praktisch alle Bildungsveranstaltungen mit Präsenzunterricht untersagt. Institutsleiter Michael Herzka und sein Team gingen in Kurzarbeit, nutzten aber die verbleibenden Pensen fleissig, um für abgesagte Kurse so weit als möglich neue Termine zu finden oder sie auf Online-schulung umzumodeln.

Kaum war der Normalbetrieb im Sommer richtig angelaufen, kam die zweite Welle: Seit dem 2. November und voraussichtlich bis Ende 2020 sind Präsenzveranstaltungen wieder verboten. «Das ist natürlich bitter», sagt Michael Herzka, «zum einen für alle Angemeldeten, die jetzt auf ein neues Datum warten müssen, aber auch für uns, weil unser Programm schon wieder über den Haufen geworfen wird.» Allerdings gewinnt Herzka der Zäsur auch positive Seiten ab. «Wir haben in diesem Jahr unglaublich viel gelernt und uns

schirme beguckt. Doch die digitale Alternative bleibt stets in der Hinterhand. «Dabei eignen sich Kurse, die primär Sachwissen vermitteln, für einen Onlineunterricht besser als solche, in denen es um persönlichere Themen geht», sagt Michael Herzka.

DIE NEUEN KURSE

Neben den bewährten Themen aus den Vorjahren enthält das Kursprogramm 2021 auch Neuheiten. Das sind die erstmals angebotenen Kurse:

Schlüsselkompetenzen für das digitale Zeitalter: Was brauche ich, um im Zeitalter der digitalen Transformation bestehen zu können? Die Teilnehmenden werten vorhandene und fehlende eigene Kompetenzen aus und entwickeln konkrete Umsetzungsschritte.

Referentin: Katrin Adler, Erwachsenenbildnerin. Donnerstag/Freitag, 11./12. März 2021, Zürich.

Sozialversicherungsabkommen ausserhalb von EU/EFTA: Zusätzlich zu den EU-/EFTA-Ländern hat die Schweiz mit 44 weiteren Staaten Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen. Sie sind wichtig für Personen, die ein Arbeitsverhältnis in einem anderen Staat eingehen oder vor ihrer Einreise in die Schweiz eingegangen sind. Sie betreffen AHV/IV, Familienzulagen, Unfallversicherung, berufliche Vorsorge, Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung.

Referent: Ruzhdi Ibrahim, Unia. Dienstag, 23. März 2021, Bern.

Zielorientiert in die Zukunft: Jede Lebensphase birgt eigene Themen, Aufgaben und Schwerpunkte. Veränderungen und Brüche können verunsichern. Die aktive Auseinandersetzung mit den eigenen Fähigkeiten und Eigenschaften führt zur Standortbestimmung und zum Erarbeiten eines Zukunftsplans.

Referentin: Katrin Adler, Erwachsenenbildnerin. Dienstag/Mittwoch, 4./5. Mai 2021, Vitznau LU.



WORKTIPP

FÜR MITGLIEDER KOSTENLOS

Als Mitglied der Unia erhalten Sie die Kosten von mindestens einer Weiterbildung pro Jahr von der Gewerkschaft vergütet. Sobald Sie sich zu einem Kurs anmelden, klärt Movendo die Finanzierungsfrage für Sie ab und informiert Sie über die Kostengutsprache.

Rassismus: Das mache ich nicht mit! Rassismus kann überall auftauchen: auf dem Wohnungsmarkt, bei der Jobsuche, in der Nachbarschaft, in den Schulen oder in der Verwaltung. Das Seminar zeigt Hintergründe und Ursachen auf und stärkt die Handlungsfähigkeit im Kampf gegen Rassismus.

Referierende: Giorgio Andreoli, gggfon; Emiliana Della Torre, Movendo. Montag/Dienstag, 1./2. November 2021, Männedorf ZH.

ZOOM IT: Premiere bei Movendo. Während des

Temporärarbeit und die Rechte der Arbeitnehmenden: Temporäre Arbeitnehmende sind oft in prekären Anstellungsverhältnissen tä-

Ein neuer Kurs zeigt Temporärarbeitenden ihre Rechte auf.

tig. Umso wichtiger ist es für sie, ihre Rechte genau zu kennen. Dabei geht es um den GAV Personalverleih, Weiterbildungsmöglichkeiten und das Arbeitsvermittlungsgesetz, aufgezeigt an Fallbeispielen.

Referentin: Beatrice Klaus, Geschäftsstelle Vollzug GAV. Mittwoch, 3. November 2021, Baden AG.



SCHMERZLINDERND: An Weiterbildungskosten beteiligt sich der Staat zumindest indirekt – durch Steuernachlässe. Da guckt das kluge Sparschwein aber glücklich! FOTO: ISTOCK

Weiterbildungskosten sind bei den Bildung lohnt sich

Kann ich die Kosten meiner Führungsausbildung als Abzug geltend machen? Den Russischkurs? Oder meine Umschulung zur Ergotherapeutin? Die wichtigsten Regeln für Ihre Steuererklärung.

MARTIN JAKOB

Aus- und Weiterbildung mag eine kluge Investition in die berufliche Zukunft sein. Aber sie kann ganz schön ins Geld gehen – ausser Ihre Firma übernimmt die Kosten oder Sie besuchen einen Movendo-Kurs. Der ist für Sie als Unia-Mitglied nämlich in der Regel gratis (siehe oben).

Immerhin dürfen Sie die Beträge, die Sie selber für Ihre Bildung ausgeben, in der Steuererklärung vom Einkom-

men abziehen. So beteiligt sich der Fiskus indirekt an Ihren Auslagen.

WAS DEM BERUFSLEBEN DIENT.

Bis 2015 waren nur Weiterbildungskosten steuerlich abziehbar, die dazu dienten, das Wissen à jour zu halten, das Sie zur Ausübung Ihrer bestehenden Aufgabe in Ihrem jetzigen Beruf brauchten. Nicht aber Ausbildungen, die Sie auf eine höhere Position vorbereiten sollten – beispielsweise ein Management-Lehrgang –, und schon gar nicht eine Umschulung, die Sie freiwillig in Angriff nahmen, weil Sie im Leben noch einmal etwas Neues machen wollten. Das führte regelmässig zu Abgrenzungsproblemen und Streitigkeiten mit den Steuerämtern. Damit ist seit

oder online



GEWERKSCHAFTSWISSEN

MOVENDO FÜR AKTIVE

Wer sich als Vertrauensperson, als Personalvertretung, im Stiftungsrat von Pensionskassen oder in einer Vorsorgekommission engagiert, erhält das fachliche Rüstzeug dazu in Kursen und Seminaren bei Movendo. Zur generellen Einführung dienen die Basisseminare, darauf folgen Kurse mit spezifischen Themen, die sich an den unterschiedlichen Aufgaben und Interessen orientieren. «Engagierte Kolleginnen und Kollegen sind für die Gewerkschaftsarbeit enorm wichtig», sagt Ausbildungsleiter Maurizio Maggetti-Waser. «Die Weiterbildungen bei Movendo vermitteln den Gewerkschaftsaktiven über das fachliche Wissen hinaus Sicherheit und Bestimmtheit im Auftritt und bieten gute Möglichkeiten, sich überbetrieblich zu vernetzen.»

AUCH ONLINE. Um seinen Bildungsauftrag zu erfüllen, hat Movendo während des Verbots von Präsenzunterricht mehrere Kurse auf Onlinestudium umgestellt (siehe Text links). «Wir behalten die traditionelle Kursform auch künftig bei», sagt Maggetti-Waser, «sind aber daran, sie mit neuen Bildungsformen zu ergänzen.» Als Beispiel nennt er zweistündige Online-Kurzseminare zu aktuellen Themen, die sich auch recht kurzfristig organisieren und anbieten lassen. Ein regelmässiger Blick auf die Website www.movendo.ch lohnt sich also. (jk)

Referent: Peter Lüthi, Team- und Organisationsberater. Mittwoch/Donnerstag, 23./24. Juni, Vitznau LU.

Lohnvergleichsanalysen aktuell: Wie eine sozialpartnerschaftliche Lohnanalyse vereinbart und durchgeführt wird.

Referierende: Regula Bühlmann, SGB; Patrizia Mordini, Syndicom; Silvia Strub, Büro Bass; Andrea Zimmermann, Movendo. Donnerstag, 11. März, Biel; Dienstag, 21. September, Olten.

Weitere Informationen finden Sie im gedruckten Programm (Unia-Mitglieder erhalten es zugestellt) oder auf www.movendo.ch.

MOVENDO

Lockdowns wurden einige Kurse online durchgeführt. FOTO: GETTY

FÜR GEWERKSCHAFTSAKTIVE

Auch das Angebot für Mitglieder ist gewachsen, die als Vertrauensleute oder in einer anderen Funktion in ihrem Betrieb aktiv sind:

Auftrittskompetenz einmal anders:

Als Personalvertretung oder Vertrauensperson sicher und souverän auftreten! Ein praktisches, intensives Training.

Referentin: Sabrina Tessmer, Erwachsenenbildnerin. Montag/Dienstag, 7./8. Juni, Läfelfingen BL.

Mitgestalten in der digitalen Arbeitswelt: Wie die Personalvertretung in Digitalisierungsprojekten und Veränderungsprozessen Einfluss nimmt.

Steuern abziehbar – auch steuerlich

2016 aber Schluss. Seither gilt alles als abziehbar, was sich als berufsorientierte Aus- und Weiterbildung verstehen lässt. Also auch der Meisterkurs, das berufsbegleitende Nachstudium oder eine freiwillige berufliche Umschulung.

Bedingung ist einzig, dass Sie bereits eine abgeschlossene Berufslehre oder eine Matura vorweisen können oder dass Sie

Die Sprachkurse zur Ferienvorbereitung sind nicht abziehbar.

mindestens 20 Jahre alt sind und es sich nicht um Ausbildungskosten für die erste Berufslehre oder die Matura handelt. Wenn Sie zum Beispiel keine Berufslehre gemacht ha-

ben und über 20 Jahre alt sind, können Sie die Matura an einer Privatschule nicht von den Steuern abziehen. Leer geht auch die Geographielehrerin aus, die ihre Familienreise an den Nordpol als Bildungsaufwand deklariert, oder der Maurer, der Russisch lernt, weil das die Muttersprache seiner Zukünftigen ist. Für den Fiskus sind solche Unternehmungen nämlich private Liebhabereien.

12 000 FRANKEN PRO JAHR. Sie können also alle berufsorientierten Bildungskosten, die Sie selber getragen haben, in der Steuererklärung deklarieren. Bei der direkten Bundessteuer sind Abzüge bis zum Höchstbetrag von 12 000 Franken jährlich zugelassen. Die Kantone dürfen eine andere Obergrenze

wählen, die meisten haben aber jene des Bundes übernommen (Ausnahmen: BS 18 000 Franken, Tessin 10 000 Franken). Beachten Sie auf jeden Fall:

- Die Betragslimite gilt pro Person. Ehepaare, die gemeinsam besteuert werden, dürfen also zweimal Abzüge bis zum Maximalbetrag machen.
- Die Limite gilt unabhängig davon, welches Einkommen Sie im betreffenden Jahr erzielt haben.
- Eine Zweitausbildung ist auch abziehbar, wenn Sie nach Ihrem Abschluss nicht gleich oder nie im neuen Beruf tätig sein wollen.
- Zu den abziehbaren Kosten zählen neben den Kursgeldern auch alle erforderlichen Materialien und die Reise-, Hotel- und Verpflegungskosten.

STEUERABZÜGE BELEGE SAMMELN

Bei allen Auslagen für Ihre Weiterbildung müssen Sie der Steuerverwaltung beweisen können, dass Ihnen die deklarierten Kosten tatsächlich entstanden sind. Legen Sie also fleissig Belege zur Seite – nicht nur fürs Kursgeld, sondern auch für Bücher, Schreibmaterialien, Zug- und Busfahrten, Auswärtsübernachtungen und Restaurantbesuche. Falls Sie mit dem Auto zum Kursort fahren, führen Sie am besten ein kleines Fahrtenbuch.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



«S» WIE «SICHER». Bei sicheren Websites beginnt die Adresse mit «https». Sites ohne diesen Zusatz bergen Risiken, zum Beispiel das Ausspionieren von Passwörtern. FOTO: ISTOCK

Neuer Firefox: So surfen Sie sicherer

Wenn Sie fürs Surfen im Internet den Firefox-Browser verwenden, sollten Sie auf die aktuelle Version 83 updaten. Damit lässt sich einstellen, dass Sie nur noch auf verschlüsselten Websites surfen. Praktisch alle seriösen Websites bieten eine verschlüsselte Verbindung an. Unverschlüsselte Verbindungen sind

Praktisch alle seriösen Websites sind heute verschlüsselt.

unsicher. Eingegebene Passwörter, gelesene Texte oder angeklickte Videos lassen sich ohne weiteres von Fremden ausspionieren. Verschlüsselte Verbindungen erkennen Sie am Schloss-Symbol am linken Rand der Adresszeile. Zudem steht vor der Adresse «https».

SCHLOSS. Und so stellen Sie im neuen Firefox die Funktion ein: Klicken Sie im Browserfenster rechts oben auf das Symbol mit den horizontalen Strichen und wählen Sie «Einstellungen». Klicken Sie links auf «Datenschutz & Sicherheit». Ganz unten auf der Seite wählen Sie «Nur-HTTPS-Modus in allen Fenstern aktivieren». Surft man nun auf eine unverschlüsselte Website, erscheint eine Fehlermeldung.

VORSICHT. Falls es gar keine verschlüsselte Version einer Website gibt, können Sie mit einem Mausklick dennoch auf die unverschlüsselte Seite gelangen. In diesem Fall sollten Sie jedoch keine sensiblen Daten wie Passwörter oder die Kreditkartennummer eingeben. MARC MAIR-NOACK

Was sich nächstes Jahr bei den Sozialversicherungen ändert

Mehr Abzüge, höhere Rente

Ein Viertelpromille mehr Lohnabzug für den Vaterschaftsurlaub. Und 10 bis 20 Franken mehr AHV-Rente pro Monat. Die Neuerungen 2021:

- **Sozialversicherungsbeiträge** Der Lohnabzug für AHV, IV und EO steigt für Angestellte von 5,275 auf 5,3 Prozent. Grund dafür ist die leichte Erhöhung der EO (Erwerbsersatzordnung) zur Finanzierung des neu eingeführten Vaterschaftsurlaubs.
- **Pensionskasse nach BVG** Der Mindestjahreslohn für die Aufnahme in die Pensionskasse steigt um 180 auf 21 510 Franken (die einzelnen Kassen können in ihren Reglementen aller-

dings tiefere Mindestbeträge vorsehen).

- **AHV-/IV-Rente** Die minimale Altersrente steigt um 10 Franken pro Monat von 1185 auf 1195 Franken, die maximale um 20 Franken von 2370 auf 2390 Franken. Die IV-Rente bei voller Invalidität verändert sich entsprechend. Bei den Ehepaarrenten der AHV liegt der Minimalbetrag neu bei 1792.50 Franken (plus 15 Franken), der Maximalbetrag bei 3585 Franken (plus 30 Franken).
- **Ergänzungsleistungen** Die maximalen Leistungen pro Jahr steigen für Alleinstehende um 160 Franken auf 19 610 Franken, für Ehepaare um 240 Franken auf 29 415 Franken. (jk)

WORKLESERFOTO



WORKFRAGE VOM 4. 12. 2020

Können Sie sich vorstellen, mit Robotern zusammenzuarbeiten?

BLECHKOLLEGE

Die Forscherin schildert eindrücklich, wie die Menschen von Robotern unterstützt werden können. Ich bin ein grosser Fan von technischem Fortschritt. Bei diesem Schritt allerdings bin ich skeptisch. Mit wem witzle ich dann bei der Arbeit? Oder hat der Kobototer auch ein Spass-Modul eingebaut?

HANS BERGER, PER MAIL

PRODUKTIVITÄTSGEWINN

Die Vision von Professorin Dégallier Rochat tönt faszinierend. Und ich zweifle auch nicht daran, dass ihre Berechnungen der möglichen Arbeitszeitverkürzung richtig sind. Allerdings zeigt ein Blick in die Geschichte, dass die Vorteile technologischer Errungenschaften in der Vergangenheit – wenn überhaupt – nur sehr ungerecht zwischen Arbeitgebern und Lohnabhängigen verteilt worden sind. Schon seit Jahrzehnten wäre eine 40- oder auch 35-Stunden-Woche bei gleichem Lohn möglich. Aber wir sind weit davon entfernt. Die Kapitalbesitzenden steigern ihren Profit auf Kosten der Arbeitenden.

RUTH SOMMERHALDER, PER MAIL

Frohe Weihnachten!

WANN 3. Dezember 2020
WO Almens im Domleschg GR
WAS Apfelbaum mit Schnee
Eingesandt von Gaby Ochsenbein, Bern

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an Redaktion work, Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern

WORKPOST

18 worktag 4. Dezember 2020 **Restaurant**

Para Karimpur serviert mit Herzblut. Das spüren die Gäste. Als Dank gibt's Trinkgeld und Komplimente.

«Jeder Gast verdient ein Lächeln»

Unfriendly Takeover

Herr Aerne schreibt in der workpost unter anderem: «Unter den Kaufinteressenten befand sich auch Christoph Blocher, der die beste Gewähr für den Erhalt der Arbeitsplätze in Domat/Ems zu bieten schien.»

Ich habe das ganz anders in Erinnerung. Christoph Blocher erhielt den Auftrag, die Unternehmung zu verkaufen. Anstatt den bestmöglichen Preis für die Eigentümer und einen Käufer zu finden, der den Fortbestand in Auge hatte, übernahm er die Aktien selber für ein Butterbrot, mit anderen Worten zu einem Preis weit unter dem Wert, den er als Makler hätte erzielen können. Finanziert wurde das Geschäft durch die ehemalige Schweizerische Bankgesellschaft. Gesetzeswidrig war das nicht, aber eines Pfarrerssohns unwürdig. Damit solche Machenschaften nicht mehr geschehen können, ist das Gesetz so revidiert worden, dass Maklerinnen und Makler Aktien nur noch selber übernehmen dürfen, wenn diese an der Börse kotiert sind. Hätte dieses Gesetz schon damals bestanden, hätte Blocher gar nie die Mittel gehabt, um die Firma zu übernehmen.

WORK 20 / 4. 12. 2020: «JEDER GAST VERDIENT EIN LÄCHELN»

Moderne Weihnachtsgeschichte

Kompliment und Dank für die sehr guten Beiträge im Jahre 2020! Ich habe die Gewohnheit, die Zeitschriften von der letzten Seite an zu betrachten, und in der heutigen Ausgabe dieser tolle Bericht von dieser Frau Para Karimpur, für mich eine moderne Weihnachtsgeschichte! Ich musste euch sofort antworten! Diese Frau bringt mit Kraft und Willen viel Positives in ihr Leben und kann auch noch mit ihrem Lächeln ihre Umgebung begeistern. Mit den besten Wünschen für die kommende Zeit, hoffentlich kann sie weiterhin mit ihrem Lächeln Freude bereiten!

WORK 20 / 4. 12. 2020: «ICH HABE ÜBER 11 STUNDEN DURCHGEARBEITET»

Arme Päckli-Kuriere

Arme Arbeiter, bis zum Schmerz schufteten!

Dem work-Team Dank für Ihre guten Reportagen, macht weiter so, auch im Jahr 2021!
WALTER BRÄM (IM CORONA-RISIKO-ALTER 74), SEUZACH ZH

WORK 19 / 20. 11. 2020: DER KOMMUNISMUS MACHTE BLOCHERS REICH

Unfriendly Takeover

Herr Aerne schreibt in der workpost unter anderem: «Unter den Kaufinteressenten befand sich auch Christoph Blocher, der die beste Gewähr für den Erhalt der Arbeitsplätze in Domat/Ems zu bieten schien.»

Ich habe das ganz anders in Erinnerung. Christoph Blocher erhielt den Auftrag, die Unternehmung zu verkaufen. Anstatt den bestmöglichen Preis für die Eigentümer und einen Käufer zu finden, der den Fortbestand in Auge hatte, übernahm er die Aktien selber für ein Butterbrot, mit anderen Worten zu einem Preis weit unter dem Wert, den er als Makler hätte erzielen können. Finanziert wurde das Geschäft durch die ehemalige Schweizerische Bankgesellschaft. Gesetzeswidrig war das nicht, aber eines Pfarrerssohns unwürdig. Damit solche Machenschaften nicht mehr geschehen können, ist das Gesetz so revidiert worden, dass Maklerinnen und Makler Aktien nur noch selber übernehmen dürfen, wenn diese an der Börse kotiert sind. Hätte dieses Gesetz schon damals bestanden, hätte Blocher gar nie die Mittel gehabt, um die Firma zu übernehmen.

RUEDI MEYER, REINACH BL

WORK 20 / 4. 12. 2020: KANTONS-LARIFARI IM GESUNDHEITSSCHUTZ

Sklaventreiberei

Ich verstehe gut, dass der bürgerlichen Sklaventreiberei (SVP, FDP,CVP usw.) die Gesundheit der arbeitenden Masse am A... vorbeigeht, und wer krank wird, ist selbst schuld und wird aussortiert und in die Sozialhilfe abgeschoben! So geht der gepflegte Kapitalismus 2020 in der Schweiz!

THOMAS SCHIEWECK, VIA FACEBOOK

WORK 20 / 4. 12. 2020: «ROBOTER ERMÖGLICHEN UNS 15-STUNDEN-WOCHE»

Besser eine 4-Tage-Woche

Noch mehr noch schneller? Ist das wirklich der richtige Weg? Es gibt kein Endloswachstum. Ich würde eine 4-Tage-Woche vorschlagen.

MARIANNE ZWICKER, VIA FACEBOOK

WORK 20 / 4. 12. 2020: «ICH HABE ÜBER 11 STUNDEN DURCHGEARBEITET»

Arme Päckli-Kuriere

Arme Arbeiter, bis zum Schmerz schufteten!

MANI LANZ, VIA FACEBOOK

Die Unia ist die grösste Gewerkschaft der Schweiz. Als dynamische und erfolgreiche Organisation mit rund 190 000 Mitgliedern geben wir den Anliegen der Arbeitnehmenden eine kraftvolle Stimme und engagieren uns erfolgreich für faire Arbeitsbedingungen und Leistungen.

Für die **Co-Leitung** der Region Zürich-Schaffhausen mit rund 28 000 Mitgliedern und rund 80 Mitarbeitenden suchen wir eine

Co-Regionalleiterin 80–100 %

In dieser Funktion sind Sie in einer Co-Leitung mit einem bereits amtierenden Co-Regionalleiter verantwortlich für die Geschäftsführung der Region Zürich-Schaffhausen **mit folgenden Aufgabenschwerpunkten** (die genaue Aufgabenteilung ist in der Co-Leitung zu definieren):

- Verantwortung für den Betrieb mit rund 80 Mitarbeitenden
- Organisation und Betreuung der regionalen Leitungsorgane
- Strategische Leitung und Führung von gewerkschaftlichen Kampagnen und Aktionen
- Umsetzung der Unia-Strategie in der Region
- Vertretung der Gewerkschaft gegenüber Kantonsbehörden, Arbeitgeberorganisationen und weiteren kantonalen Gremien
- Vertretung der Region in den nationalen Unia-Gremien
- Öffentlichkeitsarbeit und interne Kommunikation

Ihr Profil:
Sie wollen die Gesellschaft verändern und engagieren sich für soziale Belange. Sie verfügen über Führungserfahrung, Fähigkeiten in der Kampagnen- und Projektleitung und haben bereits Berufserfahrung in einer Gewerkschaft oder einer NPO. Sie haben ein sicheres, überzeugendes Auftreten und sehr gute Kommunikationsfähigkeiten mit Verhandlungsgeschick. Ihre Arbeitsweise ist strukturiert und zielorientiert. Sie sind belastbar, ausdauernd und durchsetzungsstark. Dank Ihrer Initiative und Ausstrahlung sind Sie in der Lage, mit Mitarbeitenden und Mitgliedern (Vorständen, Gremien...) Ziele gemeinsam zu erarbeiten und zu erreichen. Sie kommunizieren gekonnt schriftlich und mündlich auf deutsch und sind in der Lage, sich auf französisch an einer Diskussion zu beteiligen.

Unser Angebot:
Die Unia bietet Ihnen eine sinnvolle, interessante und abwechslungsreiche Arbeit mit sehr guten Sozialleistungen und einem breiten Aus- und Weiterbildungsangebot. Der Arbeitsort ist an zentraler Lage in der Stadt Zürich.

Wenn Sie sich für diese Herausforderung interessieren und die Anforderungen erfüllen, dann freuen wir uns, Sie kennenzulernen, und erwarten gerne Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen mit Motivationsschreiben bis am 11. Januar 2021 per E-Mail an: bewerbung.be@unia.ch.

Weitere Auskünfte erteilt Ihnen gerne Roberto Induni, Leiter HR & Bildung, Tel. +41 31 350 21 30.

Bäckerin **Kathrin Schenk** sorgt jeden Tag dafür, dass der Teig stimmt

Hohe Zeit fürs Backen im Advent

Die Welt von Kathrin Schenk duftet herrlich: Brote, Kuchen, Guetsli, Schoggi. Dahinter steckt viel Arbeit, gerade in der Weihnachtszeit.

RALPH HUG | FOTOS STEPHAN BOESCH

Die Backstube ist eng, sie fühlt sich an wie ein Bienenhaus. Es ist ziemlich warm, alles in Bewegung, von oben schallt Musik vom Lokalradio. Hochbetrieb um 10 Uhr morgens. work trifft Bäckerin Kathrin Schenk (27) zum Interview. Für sie ist jetzt also Feierabend? «Nein», sagt sie. Ihre Arbeit begann erst vor zwei Stunden, um acht Uhr. Wie im Büro. Sie gehört zum Tagesschicht-Team der Bäckerei Gschwend in St. Gallen. Und ist ganz froh, ohne Frühstück auszukommen. Das gibt's sonst selten in diesem Beruf. Möglicherweise wird ihm Kathrin Schenk deshalb länger treu bleiben als manche ihrer Kolleginnen. Viele steigen nämlich wegen der Schichtarbeit irgendwann aus. «Ich kenne kaum eine Bäckerin über 40», bestätigt sie. Auch bei Gschwend sind vorwiegend junge Leute am Werk.

GRITIBÄNZ. Auf dem Tisch liegt ein meterlanger Blätterteig. Eine Füllung kommt drauf, dann heisst es rollen und schneiden. Plötzlich ist klar: Da entstehen Speckmocken, ein Süssgebäck aus Blätterteig mit Nussfüllung. Backen ist ein altherwürdiges Handwerk. Geschick, Technik und Erfahrung sind gefragt – und oft auch Teamwork. Anfang Dezember vor dem Chlausestag war es so. Innert kurzer Frist mussten Hunderte von Grittibänz raus. «Da waren wir alle zusammen dran», erzählt Kathrin Schenk, insgesamt 18 Bäckerinnen und Bäcker. Und dann noch die Weihnachtsguetsli. Diese werden bereits ab Mitte November produziert, denn die Kundschaft will das ganze Sortiment schön verpackt am ersten Advent im Laden haben. Der Blätterteig ist übrigens Kathrin Schenks Liebling. Wegen seiner Vielseitigkeit: «Er eignet sich sowohl für Süsses wie für Salziges.» Nussgipfeli, Schinkengipfeli oder auch Wienerli im Teig.

Immer bei Schichtbeginn hängt ein Produktionsplan aus. Die Gschwend-Mitarbeitenden wissen genau, was in welcher Reihenfolge und in welchen Mengen bis wann herzustellen ist. Die Brote, Gipfeli, Sandwiches, Guetsli, Wähen (sie heissen in der Ostschweiz Fladen), Kuchen und Torten sowie die Pâtisserie kommen in die fünf Verkaufsgeschäfte, aber auch in Hotels und Betriebe. Kathrin Schenk weiss auch nicht genau, wo all die feinen Sachen hingehen, die sie und ihre Kolleginnen Tag für Tag produzieren. Was bleibt bei so viel durchorganisiertem Betrieb

noch an Kreativem übrig? «Vieles ist vorbestimmt und festgelegt, von den Rezepturen bis hin zu den Spezialitäten», sagt sie. Besonders die Klosterbiber und die üppigen Kirsch-Amaretti aus dem Hause Gschwend sind bekannt. Beide werden das ganze Jahr über verkauft und sind in St. Gallen ein beliebtes Mitbringsel bei Besuchen im Freundeskreis.

BUUREBROT. Bei den Broten gibt es so etwas wie Moden und Konjunkturen. Das Chia-Brot mit den populären Samen war vor wenigen Jahren noch unbekannt und ist heute beliebt. Dinkelbrot wird mehr verlangt als einst. Und das Wurzelbrot, eine Abwandlung des patentierten Pain Paillasse, existierte früher nicht. Heute ist es überall zu haben, so auch bei Gschwend. Daher ist für Kathrin Schenk der Spielraum für die Entwicklung gänzlich neuer Brote eher gering: «Das Sortiment ist doch schon so gross!» Parapan, Dinkel, Treber, Roggenschrot, Buurebrot – das alles kommt jeden Tag aus den Gschwend-Öfen.

Und das mit grosser Konstanz. Selbst in Coronazeiten gab es kaum grössere Pro-

bleme beim Nachschub, auch nicht beim Mehl, das alle zehn Tage aufgefüllt werden muss. Ab und zu kann es aber schon mal knapp werden, etwa wenn sich der Haselnusslieferant verspätet. Wirklich gelitten hat bei Gschwend in der Pandemie nur der Partyservice: «Es gab ja in letzter Zeit kaum mehr Apéros», sagt Schenk.

Dann geht es weiter im Takt. Nach den Speckmocken kommt ein neues Blech voller Wurzelbrote in den Ofen. Bald werden diese frisch und duftend im Regal stehen. Und auf Kathrin Schenk wartet schon das nächste Blech mit Spitzbuben, aber diesmal in Sternform. Es ist ja schliesslich Advent.



KATHRIN SCHENK NIEMALS AUSGELERNT

«Seit der fünften Klasse wollte ich Bäckerin werden», erinnert sich Kathrin Schenk (27). Und warum? Eine Bekannte ihrer Eltern wartete beim Besuch stets mit feinen selbstgemachten Torten auf. Da war es um die kleine Kathrin geschehen. Die Bäckerinnen/Konditorinnen-Lehre absolvierte sie in der Bäckerei Gschwend, einem traditionsreichen Betrieb mitten in St. Gallen. Dort befindet sich in einem Altstadtthaus die Backstube, in der sie das Handwerk als Bäckerin/Konditorin erlernte. Noch heute arbeitet sie dort.

SCHICHTARBEIT. Zwar hat Kathrin Schenk auch andere Betriebe kennengelernt. Doch schliesslich zog es sie wieder an den alten Ort zurück. Jetzt arbeitet sie Tagesschicht. Eher ungewöhnlich, denn zum Bäcker-Job gehört Nacharbeit einfach dazu. Das sei nicht jedermanns Sache, sagt sie. Die sozialen Kontakte und die Beziehungen litten darunter. So darf sich Kathrin Schenk zu den privilegierten Berufsfrauen zählen. Hin und wieder steht aber auch sie am Wochenende in der Backstube, was für Bäcker sonst ganz normal ist.

In Sachen Lohn lässt sie sich nur so viel entlocken: «Wenn man aus der Lehre kommt, hat man etwa 4100 Franken netto im Monat.»

HOCHZEIT. Im Frühling möchte Kathrin Schenk heiraten. Doch wegen der Corona-Pandemie ist alles noch unsicher. Es macht ihr aber nichts aus, wenn sie das Fest ein paar Monate verschieben muss. Wie lange wird sie noch im Beruf arbeiten? Darüber macht sie sich jetzt keine Gedanken: «Das ist offen.» Eines ihrer grossen Hobbies ist Fitness. Dafür hat sie auch schon eine Ausbildung als Instruktoren absolviert. Neben dem Sport bastelt und näht sie gerne. Aber auch Backen ist nach Feierabend ein Thema. Dabei holt sie sich die Inspirationen auch im Internet, wie sie verrät. Das Netz ist ja voller Rezepte aus aller Welt. Merke: Auch Profibäckerinnen haben nie ausgelernt.

BRUNSLI, SPITZBUBEN & CO.: Bäckerin Kathrin Schenk stellt all die klassischen Weihnachtsleckereien her – und noch viel mehr.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren. Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____
 Strasse _____
 PLZ/Ort _____
 Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia. **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15. **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18. **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch. **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch. **Internet** www.workzeitung.ch. **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadinciau@workzeitung.ch. **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahmi, Dore Heim, Martin Jakob, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Johannes Supe, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch. **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch. **Sekretariat** Mirka Gossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch. **Anzeigenmarketing** Mirka Gossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. **Auflage** 74 963 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.